

## **BVA Aktuell – 'BVA News' 2009**

Zusammenstellung aller ab dem 01. Januar 2009 auf der Website des Bundesverbandes der Agrargewerblichen Wirtschaft (BVA) unter der Internetadresse <http://www.bv-agrar.de/News/> veröffentlichten aktuellen Mitteilungen.

## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis .....	2
Nr. 01/2009 vom 12.01.2009 Reform der Erbschaftsteuer in Kraft getreten.....	5
Nr. 02/2009 vom 19.01.2009 Gesetzliche Kennzeichnung „Ohne Gentechnik“ täuscht den Verbraucher.....	6
Nr. 03/2009 vom 26.01.2009 Klimawandel: Bundeskabinett beschließt „Deutsche Anpassungsstrategie“ .....	7
Nr. 04/2009 vom 02.02.2009 Interventionsbestände steigen weiter an.....	8
Nr. 05/2009 vom 09.02.2009 Markteinführung für Biodiesel B 7 .....	9
Nr. 06/2009 vom 16.02.2009 410.000 ha Vertragsfläche für den Energiepflanzenanbau zur Ernte 2008.....	10
Nr. 07/2009 vom 24.02.2009 EU erwartet mit rund 293 Mio. t für 2009 eine gute Getreideernte .....	11
Nr. 08/2009 vom 02.03.2009 Verbände-Empfehlung zum Umgang mit gebeiztem Saatgut .....	12
Nr. 09/2009 vom 09.03.2009 EU-Getreideexport sorgt für Marktausgleich .....	13
Nr. 10/2009 vom 16.03.2009 Attraktivität von Sommergerste schwindet .....	14
Nr. 11/2009 vom 23.03.2009 EU will Gemeinsame Agrarpolitik nachbessern .....	15
Nr. 12/2009 vom 06.04.2009 Mais als Energierohstoff gefragt.....	16
Nr. 13/2009 vom 14.04.2009 EU produziert mehr Bioethanol .....	17
Nr. 14/2009 vom 20.04.2009 Absatzeinbruch bei Biodiesel und Pflanzenölkraftstoff in 2008.....	18
Nr. 15/2009 vom 27.04.2009 BVL erlässt MON810 Bescheid .....	19
Nr. 16/2009 vom 04.05.2009 Futtermittel weitestgehend ohne Mängel .....	20
Nr. 17/2009 vom 11.05.2009 EU-Getreideerzeugung sinkt .....	21
Nr. 18/2009 vom 18.05.2009 Erfolgreicher Futtermittelhandelstag .....	22
Nr. 19/2009 vom 22.05.2009 Runder Tisch zur Grünen Gentechnik.....	24
Nr. 20/2009 vom 02.06.2009 Saatguthandelstag erfolgreich verlaufen.....	25



---

Nr. 21/2009 vom 08.06.2009 IGC sieht Getreideernte weltweit bei 1,721 Mrd. t .....	27
Nr. 22/2009 vom 15.06.2009 Bundesministerin Aigner: Nachhaltigkeits-VO für Biomasse ist ein wichtiger Beitrag zur Umsetzung der Energie- und Klimaschutzziele.....	28
Nr. 23/2009 vom 29.06.2009 agw-Pressegespräch: Agrarbranche gut aufgestellt .....	30
Nr. 24/2009 vom 07.07.2009 Erfolgreicher Getreidehandelstag: 2009 wird ein weiteres Überschussjahr .....	31
Nr. 25/2009 vom 13.07.2009 BVA-Pressegespräch: Keine Preissprünge in Sicht.....	33
Nr. 26/2009 vom 20.07.2009 Grain Club: Herausforderungen für die deutsche Agrarwirtschaft .....	35
Nr. 27/2009 vom 27.07.2009 Positive Bilanz für das EU-Schnellwarnsystem.....	36
Nr. 28/2009 vom 25.08.2009 Schlechte Preise verhageln gute Ernte .....	37
Nr. 29/2009 vom 31.08.2009 BMELV: Hohe Erträge mit guten Qualitäten zeichnen die Getreideernte aus .....	39
Nr. 30/2009 vom 07.09.2009 Erfolgreiche BVA-Jahrestagung in Bremen.....	41
Nr. 31/2009 vom 14.09.2009 EU-Agrarministerrat tagte vergangene Woche in Brüssel .....	43
Nr. 32/2009 vom 18.09.2009 Erfolgreiche Detmolder Erntegespräche 2009 .....	44
Nr. 33/2009 vom 28.09.2009 IGC schätzt Weizenernte 2009/10 auf 666 Mio. t.....	45
Nr. 34/2009 vom 05.10.2009 4. Ölsaatenhandelstag mit GVO- und Marktentwicklung als Themen .....	46
Nr. 35/2009 vom 12.10.2009 UFOP fordert Korrektur der förderpolitischen Rahmenbedingungen für Biokraftstoffe.....	47
Nr. 36/2009 vom 19.10.2009 DBV startet Postkartenaktion gegen „Nulltoleranz“ .....	48
Nr. 37/2009 vom 03.11.2009 IGC schätzt Weizenernte 2009/10 auf 667 Mio. t.....	49
Nr. 38/2009 vom 11.11.2009 Experten warnen vor weiterer Verengung der Wirkstoffpalette .....	50
Nr. 39/2009 vom 16.11.2009 Erfolgreicher Parlamentarischer Abend in Brüssel .....	51
Nr. 40/2009 vom 23.11.2009 EU-Getreideintervention nähert sich der Millionengrenze.....	52

---

Nr. 41/2009 vom 30.11.2009 Erfolgreicher Pflanzenschutz- und Düngemittelhandelstag 2009 in Warberg.....	53
Nr. 42/2009 vom 07.12.2009 agw-Pressekonferenz: Einschränkungen im Anbau sind zu erwarten.....	55
Nr. 43/2009 vom 16.12.2009 BMELV legt deutsche Getreidebilanz vor.....	56
Nr. 44/2009 vom 21.12.2009 Mischfutterherstellung rückläufig.....	57

Nr. 01/2009 vom 12.01.2009

## **Reform der Erbschaftsteuer in Kraft getreten**

Die wichtigsten Neuregelungen für Sie im Überblick:

Wird ein Betrieb zehn Jahre fortgeführt, entfällt die Erbschaftsteuer in der Regel ganz. 85 % der Erbschaftsteuer werden erlassen, wenn der Betrieb sieben Jahre weitergeführt wird. Werden die Auflagen nicht über die gesamte Laufzeit eingehalten, wird die Erbschaftsteuer im Rahmen eines Abschmelzmodells lediglich zeitanteilig erhoben. Verpachtete Flächen und Betriebe werden bis zu einer Verpachtungsdauer von 15 Jahren in die Verschonungsregelungen einbezogen.

Erbschaftsteuerlich problematisch bleiben allerdings unter Umständen Reinvestitionen von veräußertem Betriebsvermögen sowie Umstrukturierungen landwirtschaftlicher Betriebe, wenn dabei die Grenze zwischen landwirtschaftlichem und gewerblichem Vermögen überschritten wird.

Für landwirtschaftliche Wohngebäude bleibt es bei dem bisherigen 15-Prozent-Bewertungsabschlag. Für Wohneigentum müssen Witwen und Witwer sowie Kinder keine Erbschaftsteuer zahlen, wenn das Haus oder die Wohnung mindestens zehn Jahre selbst genutzt wird. Bei Kindern gilt für die Steuerfreiheit zusätzlich die Auflage, dass die Wohnfläche 200 m<sup>2</sup> nicht übersteigt. Für Ehegatten wurde der Freibetrag bei der Erbschaftsteuer auf 500.000 Euro, für Kinder auf 400.000 Euro und für Enkel auf 200.000 Euro angehoben. Für Geschwister sowie Neffen und Nichten beträgt der Freibetrag lediglich 20.000 Euro; jenseits dieser Grenze liegt der Steuersatz bei 30 % bis 50 %.

\* \* \*

Nr. 02/2009 vom 19.01.2009

## **Gesetzliche Kennzeichnung „Ohne Gentechnik“ täuscht den Verbraucher**

Die gesetzlich definierte Kennzeichnung „ohne Gentechnik“ täuscht die Verbraucher. In dieser Einschätzung sieht sich die Marketinggesellschaft „Gutes aus Hessen“ (MGH) durch die Ergebnisse einer von ihr in Auftrag gegebenen Erhebung bestätigt.

Wie die MHG unter Bezug auf die repräsentative Befragung, die von der Universität Gießen im Oktober und November 2008 durchgeführt wurde, vergangene Woche feststellte, werden mit den neuen gesetzlichen Anforderungen an Lebensmittel mit der Kennzeichnung „ohne Gentechnik“ bei rund 85 % der Verbraucher Erwartungen geweckt, die diese Kennzeichnung nicht erfüllt. Die Konsumenten erwarteten der Umfrage zufolge mit ihrer bewussten Kaufentscheidung für gentechnikfreie Lebensmittel, dass Produkte wie Fleisch, Milch oder Eier nur dann das Etikett „ohne Gentechnik“ tragen dürften, wenn die Tiere in ihrem ganzen Leben kein gentechnisch verändertes Futter erhalten hätten und die Rohware während des Verarbeitungsprozesses nicht mit Gentechnik in Berührung gekommen sei. Genau dieser klaren Verbrauchererwartung an „gentechnikfreie Lebensmittel“ entspreche das geltende deutsche Gentechnikrecht nicht, kritisiert die Marketinggesellschaft.

Das neue Gentechnikrecht lasse vielmehr zahlreiche Ausnahmen für angeblich gentechnikfreie Lebensmittel zu, so den Einsatz von Impfstoffen oder von Zusatzstoffen bei Futtermitteln wie Vitamine, Enzyme oder Aminosäuren, die mit Hilfe der Gentechnik hergestellt worden seien. Des Weiteren würden spezifische Zeitabschnitte der Lebensdauer von Nutztieren festgelegt, innerhalb derer eine Verfütterung gentechnisch veränderter Futtermittel zulässig sei, ohne dass die damit gewonnenen Lebensmittel das Recht auf die „Ohne-Gentechnik“-Kennzeichnung verlören.

\* \* \*

Nr. 03/2009 vom 26.01.2009

**Klimawandel:**

**Bundeskabinett beschließt „Deutsche Anpassungsstrategie“**

Das Bundeskabinett hat letzte Woche die „Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel“ verabschiedet. „*Das Klima ändert sich weltweit. Und mit dem Klima ändern sich die Lebensbedingungen der Menschen – auch in Deutschland*“, so Bundesumweltminister SIGMAR GABRIEL.

Ziel ist es, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf weniger als zwei Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Aber selbst dann werden Folgen des Klimawandels auftreten, auf die sich auch Deutschland einstellen muss, warnt Gabriel. Die im Bundeskabinett beschlossene Strategie soll einen Rahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Deutschland schaffen und den Grundstein für einen mittelfristigen Prozess legen, in dem gemeinsam mit den Bundesländern und anderen gesellschaftlichen Gruppen schrittweise die Risiken des Klimawandels bewertet werden sollen. Anschließend sollen die entsprechenden Ziele definiert sowie mögliche Anpassungsmaßnahmen entwickelt und umgesetzt werden. Für 15 Handlungsfelder und ausgewählte Regionen werden mögliche Klimafolgen und Handlungsoptionen skizziert. Ferner werden der internationale Kontext und der deutsche Beitrag zur Anpassung in anderen Teilen der Welt umrissen sowie die nächsten Schritte zur Weiterentwicklung der Deutschen Anpassungsstrategie beschrieben. Als nächster Schritt wird bis zum Frühjahr 2011 in Zusammenarbeit mit den Ländern und anderen Akteuren ein Aktionsplan Anpassung erarbeitet.

Abhängig von der globalen Entwicklung ist von einer Erwärmung in Deutschland bis zum Zeitraum 2021-2050 um 0,5 bis 1,5 Grad Celsius und bis zum Zeitraum 2071-2100 um 1,5 bis 3,5 Grad Celsius auszugehen. Die Erwärmung wird besonders in den Wintermonaten zu spüren sein. Bei den Niederschlägen ist im Winter eine Zunahme um im Schnitt bis 40 % möglich, in einigen Gebieten der Mittelgebirgsregionen der Bundesländer Rheinland-Pfalz, Hessen sowie der nordöstlichen Landesteile Bayerns sogar um bis zu 70 %. Die Sommer-niederschläge könnten bundesweit um bis zu 40 % abnehmen, wobei der Südwesten Deutschlands erneut besonders stark betroffen sein könnte. Zentrale Teile Ostdeutschlands, das nordostdeutsche Tiefland und die südostdeutschen Becken und Hügel könnten künftig verstärkt durch ein geringeres Wasserangebot betroffen sein. Für die Region der links- und rechtsrheinischen Mittelgebirge wird ein insgesamt niederschlagsreicheres Klima angenommen. Dies lässt Folgen für die Land- und Forstwirtschaft sowie für den Hochwasserschutz erwarten. Im Oberrheingraben könnten Hitzebelastungen häufiger und intensiver werden, zudem könnte die Hochwassergefahr steigen.

\* \* \*

---

Nr. 04/2009 vom 02.02.2009

**Interventionsbestände steigen weiter an**

Mit Stand 25. Januar 2009 sind rund 714 Tsd. t Getreide EU-weit interveniert worden.

Mais hat mit 527 Tsd. t den größten Anteil, gefolgt von Gerste (134. Tsd. t) und Weizen (rund 46 Tsd. t). Über 55% der gesamten Interventionsmenge (390 Tsd. t, davon 359 Tsd. t Mais) wurde in Ungarn interveniert.

In Deutschland wurde bisher ausschließlich Gerste der Intervention angedient. Die Bundesanstalt für Landwirtschaft (BLE) hat derzeit 34.017 t kontrahiert. Übernommen wurden bis Mitte Januar 2009 10.685 t.

\* \* \*

Nr. 05/2009 vom 09.02.2009

### **Markteinführung für Biodiesel B 7**

Mit Veröffentlichung der geänderten 10. Verordnung zur Kennzeichnung der Kraftstoffqualität (10. BImSchV) könne die bundesweite Markteinführung von Dieselmotorkraftstoff mit einem Biodieselanteil von maximal 7 % (B7) beginnen. Das hat die Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen (UFOP) vor kurzem erklärt.

Erkennbar sei die neue Dieselmotorkraftstoffqualität durch die Auszeichnung an der Zapfsäule mit DIN 51628. Die Markteinführung von B7 werde damit auch die zurzeit gedämpfte Nachfrage nach Rapsöl beleben. Das Absatzpotential für Biodiesel auf dem deutschen Beimischungsmarkt wächst laut UFOP-Schätzungen durch die Erhöhung der erlaubten Beimischung um 600.000 t auf 2,1 Mio. t Biodiesel pro Jahr. Die UFOP betonte, Raps aus heimischem beziehungsweise europäischem Anbau erfülle die Anforderungen an eine nachhaltige Rohstoffproduktion. Biodiesel aus Raps erfülle darüber hinaus aufgrund seiner naturgegebenen Fettsäurestruktur hervorragend die Anforderungen zur Sicherstellung der Winterqualität. Die UFOP fordert vor diesem Hintergrund die Überarbeitung auch der EU-Norm für Dieselmotorkraftstoff, so dass europaweit B7 in den Markt eingeführt werden kann.

\* \* \*

Nr. 06/2009 vom 16.02.2009

### **410.000 ha Vertragsfläche für den Energiepflanzenanbau zur Ernte 2008**

Wie die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) bekannt gibt, hat der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen und Energiepflanzen zur Ernte 2008 deutlich abgenommen. Bei der BLE wurden noch 349.895 ha in Deutschland und 60.590 ha in anderen Mitgliedsstaaten registriert. Dieser deutliche Rückgang der Fläche um knapp 70 % ist maßgeblich auf den Wegfall der Verpflichtung, Flächen stillzulegen, zurückzuführen. Wie bereits in den Vorjahren ist Raps mit rund 95 Tsd. ha (entspricht etwas weniger als 30 % der Vertragsflächen) in Deutschland eine wichtige Frucht im Energiepflanzenanbau. Deutlich zugenommen hat der Silomaisanbau, auf rund 200 Tsd. ha wird der Mais inzwischen als Energiepflanze angebaut.

\* \* \*

Nr. 07/2009 vom 24.02.2009

## **EU erwartet mit rund 293 Mio. t für 2009 eine gute Getreideernte**

In der EU zeichnet sich auch für dieses Jahr eine vergleichsweise große Getreideernte ab. Gemäß der Schätzung, die die EU-Kommission am vergangenen Donnerstag im Verwaltungsausschuss für die gemeinsame Organisation der Agrarmärkte in Brüssel vorlegte, werden die Landwirte in der Gemeinschaft - normale Witterungsbedingungen vorausgesetzt - 2009 insgesamt 293,4 Mio. t Getreide ernten; das wären zwar 19,4 Mio. t weniger als im vergangenen Rekordjahr, jedoch 35,0 Mio. t mehr als 2007. Dabei geht die Kommission trotz des deutlichen Rückgangs der Getreidepreise von einer Einschränkung der Anbaufläche um nur 1,3 % auf EU-weit insgesamt 59,7 Mio. ha aus. Hinsichtlich der Produktivität rechnet sie mit einem durchschnittlichen Hektarertrag von 49,2 dt gegen über 51,7 dt im vergangenen Jahr.

Derweil läuft insbesondere der Getreideexport der EU weiter recht zügig, vor allem die Weizenausfuhr. Laut Kommissionsangaben summierten sich die Weichweizenexporte in Drittstaaten seit dem Start der laufenden Saison am 1. Juli 2008 bis zum 10. Februar 2009 auf fast 13,5 Mio. t, was gegenüber der Vorjahresperiode einem Zuwachs von 9,4 Mio. t entsprach. Die Gerstenausfuhren lagen mit knapp 3,0 Mio. t hingegen um etwa 170.000 t unter dem Vergleichswert von 2007/08. Die gesamten Getreideexporte der EU-27 beliefen sich einschließlich der auf Rohstoffäquivalente umgerechneten Getreideerzeugnisse im Berichtszeitraum auf 19,9 Mio. t; im Vorjahr waren zu diesem Zeitpunkt erst rund 10,8 Mio. t ausgeführt worden.

Aufgrund des recht zügigen Exportgeschäfts blieben die Interventionsandienungen bislang noch überschaubar: Am 8. Februar 2009 beliefen sich die staatlichen Getreidebestände einschließlich der akzeptierten Mengen auf insgesamt 778.000 t, darunter 555.000 t Mais, 170.000 t Gerste und 53.000 t Weichweizen.

\* \* \*

Nr. 08/2009 vom 02.03.2009

### **Verbände-Empfehlung zum Umgang mit gebeiztem Saatgut**

Die tragenden Verbände der Züchter und Pflanzenschutzhersteller Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e.V. (BDP) und Industrieverband Agrar e.V. (IVA) und die Spezialorganisationen Deutsches Maiskomitee (DMK), Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen e.V. (UFOP) und der Gemeinschaftsfonds Saatgetreide (GFS) haben gemeinsam einen umfassenden Praxisleitfaden zum Umgang mit gebeiztem Saatgut entwickelt. Der Leitfaden ergänzt die vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) vorgesehenen Auflagen und sonstige rechtliche Vorgaben. Die Empfehlungen des Leitfadens dienen der Abriebverminderung von Beizmitteln. Dies stärkt den Umweltschutz. Zudem kann dadurch ein verbesserter Wirkungsgrad der Beizmittel erreicht werden.

Die wesentlichen an die gesamte Vertriebskette gerichteten Empfehlungen sind der sorgfältigen Umgang zur Vermeidung unnötiger mechanischer Belastungen von Saatgutsäcken bei Lagerung und Transport. Weiter sollten die Anwender bei der Reinigung von Sämaschinen Staubentwicklung vermeiden und Restsaatgut in wiederverschlossenen Originalverpackungen aufbewahren. Bei der Saat empfiehlt es sich zusätzlich zu den rechtlichen Vorgaben, die Saattiefe so einzustellen, dass die Bodendeckung gesichert ist; Landwirte, Züchter und Händler sollten verschüttetes Saatgut sofort zusammenzukehren und entfernen. Zur Vermeidung von Staubabdrift empfehlen die Experten, bei Windgeschwindigkeiten von über 5 m/s die Aussaat zu unterbrechen. Die umfassenden Maßnahmen des Leitfadens sichern zusätzlich zu den behördlichen und rechtlichen Vorgaben den gewissenhaften Umgang mit dem sensiblen Produkt Saatgut.

Der Leitfaden wird über die Züchterhäuser an Landwirte verteilt.

\* \* \*

Nr. 09/2009 vom 09.03.2009

## **EU-Getreideexport sorgt für Marktausgleich**

Nach zwei Jahren knapp versorgter EU-Getreidemärkte existiert 2008/09 wieder ein kräftiger Angebotsüberhang. Umfangreiche Überschüsse gibt es vor allem bei Weizen und Gerste. Der Export spielt zum Marktausgleich eine Schlüsselrolle. Im vergangenen Jahr wurden in der EU mehr als 310 Mio. t Getreide geerntet. Im Vergleich zu 2007 ist das eine Steigerung um etwa 20%. Trotz des voraussichtlich höheren Verbrauchs ergibt sich EU-weit 2008/09 ein Überhang von rund 36 Mio. t Getreide. Die EU gehört seit Jahren zu den drei wichtigsten Anbietern von Weizen und Gerste auf dem Weltmarkt.

Bei Gerste wird voraussichtlich ein Angebotsüberhang von etwa 10 Mio. t bestehen. Die Erwartungen an den EU-Gerstenexport für das gesamte Wirtschaftsjahr bewegen sich zwischen 3,8 und 4,4 Mio. t netto. Sollte dies so eintreffen, dürften sich die Bestände zum Saisonende um etwa 6 Mio. t erhöhen. Bislang wurden Lizenzen über rund 3 Mio. t gezogen. Die Überschüsse bei Weizen sind zwar mit rund 23 Mio. t höher als bei Gerste, allerdings sieht hier die Exportbilanz besser aus. Bis Mitte Februar wurden EU-weit Ausfuhrlicenzen für rund 16,1 Mio. t nachgefragt. Das erwartete Potenzial für das gesamte Wirtschaftsjahr schätzen Experten auf etwa 20 Mio. t. Für Mais liegen EU-Ernteangebot und -nachfrage diesjährig eng beieinander. Die Maisernte brachte 2008 knapp 62 Mio. t, dem steht ein voraussichtlicher Verbrauch von rund 60 Mio. t Mais gegenüber. Im Vergleich zu den Vorjahren zählt Mais 2008/09 jedoch wieder zu den EU-Exportgütern. Bis Mitte Februar wurden bereits 1,2 Mio. t nach Drittländern verkauft, knapp die Hälfte davon über die Niederlande und Rumänien.

\* \* \*

Nr. 10/2009 vom 16.03.2009

### **Attraktivität von Sommergerste schwindet**

Deutschlandweit sinkt die Anbaufläche von Sommergetreide, davon gehen Saatguterzeuger zurzeit aus. Am stärksten betroffen sei die Sommergerste, hieß es aus der Branche. Fehlende Auswinterungsschäden sorgen zudem dafür, dass kein zusätzlicher Flächenbedarf für diese Getreideart notwendig ist. Bis auf kleinere Nässeschäden in Thüringen zeigt sich gegenwärtig die Vegetationssituation zum Ausgang des Winters normal. Dies gilt insbesondere für Baden-Württemberg und Bayern, wo etwa 40 % der gesamten Sommergerste ausgebracht werden.

Insgesamt geht die Branche nach dem deutlichen Anstieg der Aussaatflächen im vergangenen Jahr auf etwa 54.000 ha, in diesem Jahr von einem Rückgang um etwa 10 % auf unter 49.000 ha aus. Ursache hierfür ist der dramatische Abfall der Braugerstenpreise, aber auch der deutliche Rückgang der Futtergetreidepreise. Die Saatgutpreise sind analog zur Entwicklung der Sommergerstenpreise um rund 20 % zurückgesetzt worden. Der Einsatz pro ha wird, bei normaler Saatgutstärke, mit etwa 140 bis 150 kg kalkuliert. Auch in Europa wird mit einem merklichen Rückgang der Anbauflächen für Sommergerste gerechnet. Damit werde sich der Getreidepreis mengenbedingt voraussichtlich erst mit der Ernte wieder stabilisieren, war zu hören. Preis drückend komme hinzu, dass der Bierkonsum ebenfalls merklich rückläufig ist und damit auch der Braugersteneinsatz in den Mälzereien geringer veranschlagt wird.

\* \* \*

---

Nr. 11/2009 vom 23.03.2009

### **EU will Gemeinsame Agrarpolitik nachbessern**

Die EU- Kommission feiert die laufende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) als Erfolgsgeschichte mit Einsparungen von 1,4 Mrd. EUR für die Landwirte allein bei den Direktzahlungen und hat weitere Schritte zum Bürokratieabbau angekündigt.

Agrarkommissarin Mariann Fischer-Boel zeigte sich zuversichtlich, bis 2012 das Ziel zu erreichen, die Verwaltungskosten für die Landwirte um 25 % zu senken. Pläne zu einer grundlegenden Änderung der GAP ab 2013 würden aber während der Legislaturperiode bis Herbst nicht mehr vorgelegt. Damit sei erst in ein oder zwei Jahren zu rechnen.

Die geplanten nächsten Schritte beschränken sich im Wesentlichen auf Nachjustierungen bei den Fristen für das Inkrafttreten neuer GAP-Regeln sowie Überlegungen hinsichtlich einfacherer Cross-Compliance-Vorschriften. Außerdem stellt die Kommission für Mai einfachere Vorgaben bei der Qualitätspolitik in Aussicht. Nach dem Abschluss der noch laufenden öffentlichen Konsultation sollen die Verwaltungslasten vor allem bei den Vermarktungsnormen, den Zertifizierungsregeln und der Eintragung geografischer Angaben reduziert werden.

\* \* \*

---

Nr. 12/2009 vom 06.04.2009

### **Mais als Energierohstoff gefragt**

Die Nachfrage nach Rohstoffen zur Biogaserzeugung ist ungebrochen. Ende 2008 waren deutschlandweit bereits rund 4.000 Anlagen am Netz, fast doppelt so viele wie vor vier Jahren. Für 2009 werden sogar 4.800 Anlagen prognostiziert. Neben Gülle und anderen organischen Nebenprodukten spielt vor allem Mais bei der Biogaserzeugung eine wichtige Rolle. Dies spiegelt sich seit Jahren in einer Ausdehnung der Anbaufläche für Energiemais – dazu gehören Silomais, Lieschkolbenschrot und Corn-Cob-Mix – wider. Zwar wurden zur Ernte 2008 insgesamt weniger Flächen zur energetischen Nutzung angemeldet als im Vorjahr, dies liegt jedoch daran, dass mit Aussetzung der Flächenstilllegung auch der Nawaro-Bonus für Energiemais entfiel. In der Statistik wird daher lediglich der Anbau mit der sogenannten Energiepflanzenprämie von 45 Euro/ha ausgewiesen. Dieser wurde gegenüber dem Vorjahr sogar nochmals leicht ausgedehnt.

\* \* \*

Nr. 13/2009 vom 14.04.2009

## **EU produziert mehr Bioethanol**

Die Bioethanolproduktion in der EU ist 2008 auf 2,8 Mrd. l gestiegen. Das ist ein Plus von 56 % im Vergleich zum Vorjahr (1,8 Mrd. l), teilt der Europäische Bioethanol-Verband Ebio mit. Den größten Zuwachs gab es demnach in Frankreich, das seine Produktion auf 1 Mrd. l fast verdoppelte. Damit nehmen die Franzosen in der Gemeinschaft die führende Position ein, gefolgt von Deutschland mit einem Ausstoß von 568,5 Mio. l (plus 32,5 %). Drittgrößter Bioethanolhersteller war Spanien mit 317 Mio. l. Die Zahl der EU-Mitgliedstaaten, in denen Bioethanol hergestellt wird, stieg 2008 auf insgesamt 17. Auch die Importe in diesem Bereich erreichten 2008 einen neuen Rekordwert: Sie stiegen im Vergleich zum Vorjahr um rund 400 Mio. l auf fast 1,9 Mrd. l. Davon kamen allein 1,4 bis 1,5 Mrd. l aus Brasilien.

\* \* \*

Nr. 14/2009 vom 20.04.2009

## **Absatzeinbruch bei Biodiesel und Pflanzenölkraftstoff in 2008**

Nachdem nunmehr die endgültigen Angaben des Statistischen Bundesamtes und des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle vorliegen, bestätigen die amtlichen Zahlen den Absatzeinbruch bei Biodiesel und Pflanzenöl im Jahr 2008 gegenüber 2007, so die Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen UFOP in einer aktuellen Pressemitteilung. Zwar stieg die Verwendung von Biodiesel als Beimischkomponente in Dieselkraftstoff um 221.000 t auf 1.644.000 t, dieser positiven Entwicklung steht jedoch ein Absatzeinbruch von 673.000 t im Reinkraftstoffabsatz gegenüber.

In absoluten Zahlen: Wurden in 2007 noch 1,840 Mio. t Biodiesel als Reinkraftstoff abgesetzt, waren es 2008 nur noch 1,167 Mio. t. Dies entspricht einem Rückgang von 36,6 %. Unter Berücksichtigung der Zunahme der Verwendung von Biodiesel als Beimischungskomponente verringerte sich der Biodieselabsatz um insgesamt 14 %, von 3,263 Mio. t im Jahr 2007 auf 2,811 Mio. t im Jahr 2008. Einen noch dramatischeren Rückgang musste die Pflanzenölkraftstoffbranche hinnehmen, hob die UFOP hervor. Der Absatz sank von 772.000 t im Jahr 2007 auf 418.000 oder minus 46 % im Jahr 2008. Zu berücksichtigen ist bei dieser Entwicklung zusätzlich die Tatsache, dass ein Großteil der dargestellten Absatzmenge im Reinkraftstoffmarkt dem Import von in den USA subventionierten Biodiesel – B99 – zugeschrieben werden muss. Für die Reinkraftstoffvermarktung kommt die Beschlussfassung der EU-Kommission zur Einführung von Strafzöllen auf B99 zu spät. Einziger Lichtblick in der Entwicklungsperspektive bei Biokraftstoffen ist Bioethanol. Der Einsatz von Bioethanol stieg im Vergleich zu 2008 um 34 % von 0,461 Mio. t auf 0,618 Mio. t.

Aus der Sicht der Biodiesel- und Pflanzenölkraftstoffwirtschaft bleibt festzuhalten, dass, gemessen am Dieselkraftstoffverbrauch, die genannten Biokraftstoffe 2007 immerhin 12,7 % und 2008 10,2 % des Dieselkraftstoffbedarfs ersetzt hatten. Damit haben beide Kraftstoffe 2007 zu einer Verminderung der CO<sub>2</sub>-Belastung im Verkehrsbereich von etwa 9 Mio. t (2007) und 7,1 Mio. t im Jahr 2008 beigetragen. Die nationale Dekarbonisierungsstrategie sieht im Verkehrsbereich ein Minderungsziel von 30 Mio. t ab dem Jahr 2020 vor. Die Zahlen machen deutlich, dass für die fristgerechte Erfüllung dieses Klimaschutzziels die Verwendung von Biodiesel und Pflanzenölkraftstoff erforderlich ist. Als Ergebnis der aktuellen Initiativen der Bundesregierung zur Änderung der Biokraftstoffpolitik stellt sich umso dringlicher die Frage, wie der Rückgang der Biodiesel- und Pflanzenölverwendung auch aus Sicht der Klimaschutzverpflichtung kompensiert werden kann. Die UFOP erinnert daher an ihre Aufforderung an die Mitglieder des Deutschen Bundestages, mit einer Gesetzesinitiative der Reinkraftstoffvermarktung wieder eine Perspektive zu geben.

\* \* \*

Nr. 15/2009 vom 27.04.2009

### **BVL erlässt MON810 Bescheid**

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hat am Montag, den 20.04.09 per offiziellen Bescheid den Anbau der gentechnisch veränderten Maissorte MON810 in Deutschland untersagt. Mit sofortiger Wirkung wurde die Zulassung für den gentechnisch veränderten Mais MON810 in Deutschland vorläufig ausgesetzt.

Das Anbauverbot für Mon810 ist nun amtlich. Begründet wurde das Anbauverbot mit möglichen Gesundheits- und Umweltgefahren der GV-Pflanze. Der Bescheid wurde am Montag dem Zulassungsinhaber, also Monsanto, den Kontrollbehörden der Bundesländer sowie dem Bundessortenamt bekannt gegeben. Monsanto hat inzwischen am Verwaltungsgericht Braunschweig einen Eilantrag eingereicht. Die Entscheidung entbehre jeder wissenschaftlichen Grundlage und daher würden juristische Schritte gegen das „willkürliche“ Verbot ergriffen, argumentiert der Konzern. Keine Studie habe eine Gefährdung durch MON810 belegt.

Das Urteil des Verwaltungsgerichtes soll als Eilentscheidung bis spätestens Mitte Mai fallen, damit eine Aussaat dieses Jahr noch möglich sei. Falls das Verbot jedoch bestehen bleibt, will Monsanto das Seitens der Landwirtschaft/Handel bereits erworbene GV-Saatgut zurücknehmen und durch konventionelles ersetzen.

\* \* \*

Nr. 16/2009 vom 04.05.2009

### **Futtermittel weitestgehend ohne Mängel**

84 % von insgesamt 219 überprüften Mischfutterproben waren ohne Mängel. Zu diesem Ergebnis kam der Verein Futtermitteltest (VFT) im Jahr 2008. Im Vorjahr erreichten von 209 geprüften Mischfuttern 83,7 % die beste Bewertung, während 3,8 % durch erhebliche Mängel gekennzeichnet waren. Mit mehr als einem Drittel der Proben lag der Schwerpunkt der Kontrollen wie bisher beim Milchleistungsfutter. Von diesen erreichten lediglich 75 % die beste Benotung, jede vierte Probe wies Mängel auf. Beim Schweinefutter wiesen 93 % keine Abweichungen auf. Gegenüber dem Jahr 2007 hat sich die Beanstandungsquote beim Schweinefutter um 1 Prozentpunkt reduziert, beim Rinderfutter hingegen hat sie sich um fast 6 Prozentpunkte erhöht.

Die Proben wurden sowohl in landwirtschaftlichen Betrieben, als auch im Handel und in Herstellerwerken gezogen. Das Prüfkonzept umfasst die Überprüfung der Deklaration sowie die fachliche Bewertung nach dem Einsatzzweck mit den Fütterungshinweisen auf der Basis wissenschaftlich abgestimmter Richtwerte. Die getesteten Futtermittel werden abschließend in drei Gruppen eingestuft: Gruppe 1 beste Qualität, Gruppe 2 leichte Mängel und Gruppe 3 deutliche Mängel. Nähere Informationen dazu finden Sie unter [www.futtermitteltest.de](http://www.futtermitteltest.de)

\* \* \*

Nr. 17/2009 vom 11.05.2009

## **EU-Getreideerzeugung sinkt**

Das US-Landwirtschaftsministerium geht in seinem jüngsten Bericht davon aus, dass die Europäische Union 2009/10 rund 290 Mio. t Getreide erzeugen wird. Im Vergleich zu 2008/09 bedeutet dies ein Minus von 23 Mio. t. Die Ursache für diese Entwicklung sieht das USDA in der späten Ernte 2008 und dem frühen Winterbeginn. Entsprechend klein sei das Zeitfenster für die Winteraussaat gewesen, hieß es.

Der Getreidekonsum wird 2009/10 bei 275 Mio. t erwartet. Überdies hätten die Finanzkrise und die fallenden Rohstoffpreise gegen Ende des Jahres 2008 Erzeugern weniger Anreiz geboten, Getreide anzubauen, so das USDA. Aus diesem Grund wird von einem Rückgang der Getreideanbaufläche um 3 % ausgegangen.

In den „neuen“ EU-Mitgliedsländern könnten 2009/10 geringere Erträge erzielt werden, da Erzeuger laut Umfragen aus Kostengründen weniger hochwertiges Saatgut verwendet haben sollen. Allerdings sind die Erwartungen für eine qualitativ und quantitativ gute Ernte hoch, da es kaum Auswinterungsschäden gegeben hat.

Für das Wirtschaftsjahr 2008/09 erwartet das US-Agrarministerium einen deutlichen Anstieg der Lagerendbestände. Daran würden auch die großen Exportmengen nichts ändern. 2009/10 müsse die EU mit stärkerem Wettbewerb aus Drittländern rechnen, so dass auch Ende 2009/10 mit hohen Lagerbeständen zu rechnen sei, so die Prognose.

\* \* \*

Nr. 18/2009 vom 18.05.2009

## Erfolgreicher Futtermittelhandelstag

Die Futtermittelwirtschaft muss sich zukünftig auf zunehmende Volatilität im Markt und bei der Rohwarenbeschaffung einstellen. Diese Herausforderung stand im Mittelpunkt des diesjährigen Futtermittelhandelstags, der am 05. und 06. Mai 2009 auf Burg Warberg stattfand. Veranstaltet wurde der traditionsreiche Futtermittelhandelstag vom Bundesverband der Agrargewerblichen Wirtschaft (BVA), dem Deutschen Verband Tiernahrung e.V. (DVT), dem Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse e.V. (VdG) und der Bundeslehranstalt Burg Warberg. Der Branchentreff war auch in diesem Jahr mit 160 Teilnehmern wieder gut besucht.

Die beiden letzten Wirtschaftsjahre haben gezeigt, dass die Agrarmärkte einem starken Strukturwandel ausgesetzt sind. Für die Branche bedeutet dies, sich verstärkt mit Instrumenten des Risikomanagements vertraut zu machen. „*Heute gehe Risikovermeidung vor Rendite*“, stellte der Präsident des DVT, HELMUT WULF, dazu in seiner Eröffnungsrede fest. Für das laufende Jahr erwartet er eine um 5 % rück-läufige Mischfutterproduktion in Deutschland. Dies entspräche einem Minus von 1,2 bis 1,3 Mio. t im Vergleich zu 2008. Damit könne die Branche aber insgesamt noch zufrieden sein, sagte Wulf.

PROF. REICHLING von der Universität Magdeburg erläuterte in seinem Vortrag die Auswirkungen der Finanzkrise auf den Mittelstand. Er betonte, dass die Firmen zukünftig noch größeres Augenmerk auf ihr Rating und das Risikomanagement ihres Betriebes legen müssten. Als eine wichtige Voraussetzung, um mit der stärkeren Volatilität der Märkte besser fertig zu werden, nannte PETER STREIT von der Likra West GmbH in Ingolstadt die Notwendigkeit von größerer Effizienz in den Futtermittelbetrieben. Auf die Möglichkeiten, die sich für die Branche bei der Risikoabsicherung durch den Einsatz von Finanzinstrumenten wie Hedges und Futures ergeben, machten die US-amerikanischen Experten von FC Stone aufmerksam. Sie unterstrichen, dass sich die Volatilität der Agrarmärkte seit dem Jahr 2000 mehr als verdoppelt habe. Dies mache ein effizientes Risikomanagement unbedingt erforderlich. Mit einer passenden Hedge-Strategie könnten sich die Unternehmen und Betriebe kontinuierlich gegen die Marktrisiken absichern, sagte LARRY KEMPELL.

Dass die weltweite Finanzkrise auch die Landwirtschaft erreicht hat, zeigte ALFONS MOSEL, Almos Handels GmbH, Nittendorf auf. Der Osteuropaexperte berichtete von einer kritischen Lage vor allem in der Ukraine, Russland und Kasachstan, wo finanzielle Mittel für die Feldbestellung und die notwendigen Betriebsmittel fehlen würden. In diesen Ländern sei eine mangelnde Versorgung der Böden mit den Nährstoffen Phosphat und Kali festzustellen. Pflanzenschutzmaßnahmen würden nur unzureichend durchgeführt, da den Landwirten die finanziellen Mittel fehlen. Erschwerend komme die Trockenheit in vielen Regionen hinzu. Deshalb sei mit niedrigeren Hektarerträgen bei Getreide als bisher angenommen zu rechnen. Ins Schwanken geraten auch die für das neue Wirtschaftsjahr 2009/10 veranschlagten Exportzahlen. Ob die beispielsweise für Ungarn vorhergesagte Exportmenge für Weizen in Höhe von etwa 3 Mio. t im kommenden Wirtschaftsjahr 2009/10 realisiert werden könne, hält Mosel für fraglich. Gleiches gelte für ungarischen Mais, dessen Exportvolumen bisher auf rund 4,2 Mio. t geschätzt wurde. Für die östlichen EU-Länder rechnet Mosel mit einer mittleren Getreideernte und reduzierten Exportaussichten.

➤ weiter nächste Seite

Große Produktionsreserven bestehen nach den Worten des dänischen Maklers PER MATSEN auf dem südamerikanischen Futtermittelmarkt. Allein Brasilien könne in den kommenden zehn Jahren seine Agrarproduktion ohne Schwierigkeiten verdreifachen, erläuterte er. Seiner Ansicht nach liegt ein wesentlicher Grund für die verhältnismäßig hohen Preise am Sojaprodukt darin, dass in Europa alle Einkäufer „wie die Lemminge agieren“. Die Lagerhaltung der europäischen Unternehmen decke in der Regel höchstens den Bedarf von ein bis anderthalb Monaten ab, sagte Matsen. Das hohe Niveau des Sojapreises sei also wesentlich durch das kurzfristige Einkaufsverhalten der Kunden geprägt. Andere Faktoren wie eine geringere geschätzte Ernte in Argentinien würden die Entwicklung stützen, erläuterte Per Matsen. Das Wissen über den dringenden Bedarf der Kunden werde von den Lieferanten genutzt. Der Sojaproduktmarkt habe den Charakter eines von der „Hand-in den Mund“-Geschäfts entwickelt. Niemand wolle Engagements über einen Zeitraum von sechs Wochen hinaus eingehen. Der Sojaproduktpreis werde fallen, zeigte sich Matsen überzeugt. Nur wisse niemand den Zeitpunkt.

Sorge bereiten der Branche weiterhin die EU-Vorschriften zur Freiheit von gentechnisch veränderten Bestandteilen (GVO) bei Futtermitteln – dies wurde auf der Podiumsdiskussion in Warberg deutlich. Die Unternehmen sollten diesbezüglich nur deklarieren, was sie tatsächlich eindeutig einzuhalten in der Lage seien, sagte STREIT. Andernfalls befürchtet er Glaubwürdigkeitsprobleme wie zuzeiten der BSE-Krise. Tiernahrungsexperte WÖLPERN unterstrich dazu, dass die Industrie bereit sei, GVO-freie Futtermittel anzubieten, wenn dies gefordert werde. Allerdings müsse dabei zunächst sichergestellt werden, dass die Futtermittelproduzenten von ihren Vorlieferanten mit tatsächlich GVO-freien Rohstoffen versorgt würden. Grundsätzlich sieht MATSEN jedoch kein Problem darin, aus Südamerika GVO-freie Futtermittelrohstoffe zu beziehen.

\* \* \*

Nr. 19/2009 vom 22.05.2009

## Runder Tisch zur Grünen Gentechnik

„Die Anwendung der Grünen Gentechnik muss in Verantwortung für Mensch und Umwelt geschehen“, sagte Bundeslandwirtschaftsministerin ILSE AIGNER anlässlich des gemeinsam mit Bundesforschungsministerin ANNETTE SCHAVAN am 20.05.2009 veranstalteten Runden Tisches zur Grünen Gentechnik in Berlin. „Moderne Biotechnologie kann einen Beitrag dazu leisten, Energie und Ressourcen zu sparen, gesünderes Tierfutter oder „Pflanzen der Zukunft“ zu erzeugen. Wie jede neue Technologie muss sich auch die grüne Gentechnik fragen lassen: Kann sie unsere Gesellschaft voranbringen? Der Schutz von Mensch und Umwelt muss dabei Vorrang haben vor Gewinn und Markt, sogar vor möglichem wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn“, so Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner in ihrer Stellungnahme. Sie erinnerte die Vertreter der Forschung daran, dass das geänderte Gentechnikgesetz für die Forschung und die Anwendung der Pflanzengentechnik in geschlossenen Anlagen deutliche Erleichterungen geschaffen habe. Aigner forderte daher dazu auf, verstärkt von den Möglichkeiten eines Anbaus unter Glas Gebrauch zu machen. Die Produktion pharmazeutischer Stoffe in Lebens- und Futtermittelpflanzen sollte nach Meinung von Aigner möglichst vermieden werden, hier stünden andere Pflanzen zur Verfügung.

„Wir müssen das Potenzial der Gentechnik nutzen, aber zugleich die Risiken ernst nehmen und Akzeptanz schaffen“, betonte Bundesforschungsministerin ANNETTE SCHAVAN nach dem heutigen Treffen mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Verbänden und Kirchen. „Wir stehen vor drängenden globalen Problemen wie wachsender Weltbevölkerung, steigendem Energiebedarf und fortschreitendem Klimawandel“, so Schavan. „Die Biotechnologie kann uns zum Beispiel helfen, schneller und gezielter robustere Pflanzen zu entwickeln, die Dürreperioden oder plötzlichen Kälteeinbrüchen besser als bisher standhalten. Sie befürwortet daher eine verantwortungsbewusste und zukunftsfähige Weiterentwicklung der Pflanzengenetik. Die Veranstaltung sei ein „gelungener Auftakt für einen neuen Dialog über eine wichtige Zukunftstechnologie“ gewesen.

Beide Ministerinnen wiesen auf die Notwendigkeit hin, die emotionale Diskussion in der Gesellschaft über Chancen und Risiken der grünen Gentechnik zu versachlichen. Der heute begonnene Dialogprozess mit interessierten und beteiligten Gruppen der Gesellschaft werde daher fortgeführt. Schwerpunkte zukünftiger Gespräche seien neben der Frage der Sicherheitsforschung und Freisetzung auch die Zulassungs- und Genehmigungsverfahren, der Stand und die Ziele der Pflanzenzüchtung, Gentechnik und Futtermittel, die „Ohne-Gentechnik“ Kennzeichnung sowie die Möglichkeiten der Schaffung gentechnikanbaufreier Regionen.

\* \* \*

Nr. 20/2009 vom 02.06.2009

## Saatguthandelstag erfolgreich verlaufen

Am 12. und 13. Mai 2009 fand auf Burg Warberg der traditionelle Saatguthandelstag statt. Der Treffpunkt der Saatgutbranche war auch in diesem Jahr mit 140 Teilnehmern wieder gut besucht. Veranstalter waren der Bundesverband der VO-Firmen e.V. (BVO) und die Bundeslehranstalt Burg Warberg.

Der BVO-Vorsitzende, **KARLHEINZ LICHTSCHLÄGER**, zeigte in seiner Eröffnungsrede anschaulich auf, vor welchen Herausforderungen die Saatgutbranche aktuell steht: Die Volatilität der Märkte und ihre Auswirkungen auf den Konsum- und Getreidesaatgutmarkt, Fragen im Bereich Gentechnik und die Auswirkungen des Anbauverbots für MON810, Gewährleistung des Züchtungsfortschritts und Erhalt der Sortenvielfalt bei sich verändernden Rahmenbedingungen und neuen Anforderungen an das Saatgut sowie die politisch relevanten Fragen rund um das Thema der Saatgutbeizung.

Ein Schwerpunktthema des Saatguthandelstages war die Frage, ob angesichts der Forderungen nach Züchtungsfortschritt und Sortenvielfalt noch eine effiziente Vermarktung und Saatgutproduktion möglich sind. Die große Anzahl an zugelassenen Getreidesorten und die jedes Jahr zur Zulassung angemeldeten Sorten zeigen, welcher Zuchtfortschritt noch immer erzielt wird. Denn nur Sorten, die eine Verbesserung gegenüber existierenden Sorten aufweisen, werden zugelassen, erklärte **DIRK RENTEL** vom Bundessortenamt während des Saatguthandelstages. Die vielfältigen unterschiedlichen Anbaubedingungen innerhalb Deutschlands machten auch die Vielfalt notwendig, betonte er. Anschaulich verdeutlichte Rentel auch, wie hart das Ausleseverfahren für die Zulassung einer neuen Sorte ist. So werden seinen Angaben zufolge von 100 in der Wertprüfung befindlichen Weizensorten nach drei Prüffahren nur 10 Sorten zugelassen und eine Empfehlung erhalten etwa 5 Sorten. Für Arten mit einer nur geringen Bedeutung und einer kleinen Anbaufläche fürchtet er allerdings einen Teufelskreis – so lasse sich schon heute die Züchtung z.B. für Hafer oder Leguminosen aus dem geringen Saatgutverkauf nicht finanzieren. Zu geringe Verkaufserlöse minimieren wiederum den Züchtungsfortschritt – was seinerseits den Anbau weniger attraktiv mache, so Rentel.

**DR. ANDREAS JACOBI**, W. von Borries-Eckendorf GmbH & Co. KG, machte in seinem Vortrag klar, dass Sortenvielfalt die Voraussetzung für Züchtungsfortschritt ist. Nur durch ein breites Sortenspektrum könne eine optimale regionale Differenzierung und eine regionenangepasste Anbauempfehlung erarbeitet werden. Er betonte, dass zukünftig die Interaktion zwischen Sorte und spezifischen Anbaubedingungen des jeweiligen Jahres an Bedeutung gewinnen werde. Seiner Ansicht nach, reichen die heute verfügbaren Sorten gar nicht aus, um die Märkte der Zukunft zu bedienen (z.B. Energiepflanzen, trockenresistente Pflanzen für den Klimawandel etc.). Abschließend appellierte er daran, den Züchtungsfortschritt nicht nur über den Ertrag zu messen, sondern auch andere Faktoren in die Betrachtung einzubeziehen.

> weiter nächste Seite 2

**FRANZ BEUTL**, IG Pflanzenzucht, stellte klar, dass nur etwa ein Viertel der zugelassenen Weizensorten für den Saatgutmarkt Relevanz entfaltet - derzeit sind in Deutschland 154 Weizensorten zugelassen, jedoch nehmen 28 Sorten 80 % der Vermehrungsfläche in Anspruch. Dennoch hält er auch „kleinere“ Sorten für wichtig, da sie den Landwirten eine breite Auswahl unter den jeweiligen betriebswirtschaftlichen Bedingungen und Fruchtfolge etc. ermöglichen. Mit einem klaren „Ja“ beantwortete er die Frage, ob trotz Sortenvielfalt eine

effiziente Vermarktung und Saatgutproduktion möglich sind. Die Saatgutwirtschaft müsse sich den Anforderungen der Kunden nach wettbewerbsstarken Sorten stellen und ihre Prozesse optimieren, um die Nachfrage bedienen zu können, so Beutl.

Der zweite Tag des Saatguthandelstages stand ganz im Zeichen der Saatgutbeizung, die seit dem Bienensterben in 2008 auf dem Prüfstand steht. Verschiedene Vertreter der Beizmittelindustrie, der Zulassungsbehörden, der Züchterschaft und des Handels diskutierten die Frage „Quo vadis Saatgutbeize?“ Die Zulassungsbehörden haben bekanntlich die Zulassungen für einige bekannte Beizwirkstoffe bis heute ruhen lassen und haben parallel dazu die gesamte Beizanwendung für Raps, Mais, Zuckerrübe und Getreide auf den Prüfstand gestellt. In einem waren sich alle einig – die Saatgutbeizung ist die effizienteste Methode des Pflanzenschutzes und als solche erhaltenswert. Andererseits sollten die Anwender und die Umwelt vor möglichen Gefahren bestmöglich geschützt werden. Hier ist die gesamte Saatgutbranche aufgerufen, den Beizprozess nachzujustieren. Die Industrie ist gefordert, neue Haftmittel zu entwickeln, die geringeren Abrieb bei der Aussaat gewährleisten. Die Gerätetechniker müssen an der Optimierung der Anlagen arbeiten, die Beizbetriebe an der Prozessoptimierung und der Beizqualität.

„Der Betonmischer auf dem Hof kommt für das Beizen nicht mehr in Frage“, so klar urteilte **PROF. PETER ZWERGER** vom Julius-Kühn-Institut. Alle Beizmittelwirkstoffe über alle Kulturen stehen derzeit unter starkem politischen Druck. Es wird daher intensiv geforscht – das Abriebverhalten der einzelnen Kulturen getestet, die Feinstaubverdriftung ebenso wie die Auswirkungen der Wirkstoffe auf Nichtzielorganismen untersucht. Nach Ansicht von Prof. Zwerger müsse kontinuierlich an der Verbesserung der Beizqualität gearbeitet werden. Wie die Auflagen an die Saatgutbeizung künftig genau aussehen, stehe derzeit noch nicht fest. Grenzwerte seien in Diskussion, ebenso werden die Verfahren der Beizung in allen Schritten kritisch durchleuchtet.

In der anschließenden Podiumsdiskussion wurden mögliche Lösungsansätze diskutiert – wie z.B. eine Zertifizierung der Beizstellen oder die Abgabe von Beizmittel ausschließlich an professionelle Anwender. Die Saatgutbranche ist daher aufgerufen, gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten. Es gilt die Beizung als vorzügliche Methode des Pflanzenschutzes zu erhalten.

\* \* \*

Nr. 21/2009 vom 08.06.2009

## IGC sieht Getreideernte weltweit bei 1,721 Mrd. t

Der Internationale Getreiderat (IGC) sieht die weltweite **Getreideerzeugung** im Wirtschaftsjahr 2009/10 in seinem aktuellen Bericht bei 1,721 Mrd. t. Die Getreideproduktion wird demnach 61 Mio. t hinter den Rekordergebnissen vom Vorjahr zurückbleiben.

Der IGC korrigierte seine Schätzung vom April wegen geringerer Ernteprognosen aus den USA und der EU um 6 Mio. t nach unten. Der geschätzte globale **Getreidekonsum** wird mit 1,736 Mrd. t voraussichtlich die Produktion übersteigen - im Vergleich zum Vorjahr erwartet der IGC, dass der weltweite Verbrauch an Getreide um 13 Mio. t steigen wird. Erhöhter Bedarf wird vor allem in der Ernährung und seitens der Industrie erwartet, insbesondere zur Erzeugung von Ethanol. Etwas weniger Getreide könnte in die Futtermittelproduktion fließen, da verstärkt alternative Futtermittel genutzt werden, so der IGC. Insgesamt werden die weltweiten **Getreidebestände** um voraussichtlich 15 Mio. t auf 328 Mio. t im Jahresvergleich fallen. Höhere Bestände beispielsweise in Nordafrika werden den weltweiten **Getreidehandel** laut IGC um 11 Mio. t auf 221 Mio. t reduzieren. Während Argentinien, die EU, Russland und die Ukraine wohl erheblich weniger Getreide ausführen werden, sieht der IGC die Exporte aus den USA und Brasilien höher als 2008/09.

Die weltweite **Weizenproduktion** beziffert der IGC mit 652 Mio. t zwar höher als in seiner Aprilschätzung - dennoch läge die Weizenerzeugung damit 35 Mio. t unter dem Rekordwert vom Vorjahr. Den globalen Weizenverbrauch schätzt der IGC mit 643 Mio. t etwas höher als in seinen vorherigen Prognosen ein; im Vergleich zu 2008/09 sollte er jedoch stabil bleiben. Das ist u. a. darauf zurückzuführen, dass in den USA vergleichsweise viel Weizen in die Futtermittelsparte fließen wird, da Mais hier knapper ist. Insgesamt werden Futtermittel im Vergleich zum Vorjahr wohl einen geringeren Anteil am Weizenverbrauch haben, während der Verbrauch in der Industrie und Ernährung steigen werde, schätzt der IGC. Die globalen Weizenbestände werden auf 167 Mio. t geschätzt. In den USA und der EU sieht der IGC die Bestände für 2009/10 rückläufig. Der weltweite Weizenhandel wird voraussichtlich mit 112 Mio. t um 10 Mio. t im Vergleich zum Vorjahr zurückgehen. Ausfuhren aus Russland und der Ukraine sollen einen erheblichen Anteil am Weizenhandel halten, obwohl sie vermutlich nicht zum Vorjahresrekord aufschließen werden. Die EU-Exporte werden voraussichtlich zurückgehen, da der Importbedarf aus Nordafrika sinken wird.

Die globale **Maisproduktion** wird mit 771 Mio. t im Jahresvergleich (Vorjahr: 784 Mio. t) rückläufig gesehen. Den weltweiten Maisbedarf schätzt der IGC auf 792 Mio. t. Mais wird verstärkt in der Industrie genutzt, besonders zur Gewinnung von Bioethanol. So soll die US-Bioethanolproduktion Schätzungen zufolge um 9 % steigen. Die weltweiten Maisendbestände werden aktuell auf ein Sechsjahrestief von 118 Mio. t geschätzt.

\* \* \*

Nr. 22/2009 vom 15.06.2009

## **Bundesministerin Aigner: Nachhaltigkeits-VO für Biomasse ist ein wichtiger Beitrag zur Umsetzung der Energie- und Klimaschutzziele**

„Unter den Erneuerbaren Energieträgern spielt die Bioenergie eine herausragende Rolle. 70% des deutschen Energieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen wird allein durch Bioenergie gedeckt. Vor diesem Hintergrund haben wir mit der heute im Kabinett verabschiedeten Nachhaltigkeitsverordnung für Biomasse zur Stromerzeugung einen weiteren wichtigen Schritt zur Sicherstellung einer nachhaltigen Biobrennstoffproduktion getan“ sagte Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, **ILSE AIGNER**, am Mittwoch in Berlin.

Mit dieser Verordnung soll sicher gestellt werden, dass künftig Biomasse, die zur Stromerzeugung eingesetzt wird, nur unter Beachtung verbindlicher Nachhaltigkeitskriterien hergestellt wird. Der Nachhaltigkeitsnachweis ist ab 1. Januar 2010 eine notwendige Voraussetzung für die Zahlung der Grundvergütung und der Boni im Rahmen des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG).

Nach der Zustimmung des Bundestages zu dieser Verordnung werden so schnell wie möglich Zertifizierungssysteme für den Nachweis und die Kontrolle der Nachhaltigkeit der Biomasseproduktion aufgebaut. Parallel dazu wird eine zweite Nachhaltigkeitsverordnung für den Biokraftstoffbereich erarbeitet. Diese wird sich sehr stark an die Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung anlehnen. Für beide Verordnungen ist vorgesehen, dass die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) die staatliche Anerkennungs- und Kontrollfunktion wahrnimmt.

Beim Aufbau von Zertifizierungssystemen wurde bereits Vorarbeit geleistet. Das BMELV fördert seit eineinhalb Jahren ein Pilotprojekt zur Zertifizierung der nachhaltigen Biokraftstoffproduktion in der Praxis (ISCC Internationale Nachhaltigkeits- und Kohlenstoffzertifizierung).

Das BMELV hält es für sinnvoll und erforderlich, im Bundestag die Frage zu diskutieren, wie sichergestellt werden kann, dass die nachweislich vor Inkrafttreten der Verordnung erzeugte Biomasse i. S. eines Vertrauensschutzes noch im Rahmen des derzeit geltenden Rechts verwendet werden kann.

Der Deutsche Bauernverband (DBV) fordert Bundesregierung und Bundestag auf, die heute vom Bundeskabinett verabschiedete so genannte Nachhaltigkeitsverordnung grundsätzlich zu überarbeiten und in dieser Wahlperiode nicht mehr zu beschließen. Die Vorschriften sind von der Wirtschaft nicht zum 1. Januar 2010 in die Praxis umsetzbar und gehen deutlich über die Anforderungen der EU-Richtlinie hinaus.

> nächste Seite

Wie der DBV hervorhebt, steht die deutsche Landwirtschaft für eine nachhaltige Wirtschaftsweise und muss dies bei staatlichen Kontrollen (Cross Compliance) bereits flächendeckend und bürokratieintensiv nachweisen. Das neue Zertifizierungssystem bedeutet einen zusätzlichen bürokratischen Kontroll- und Dokumentationsaufwand ohne Zugewinn an Nachhaltigkeit. *„Wir können nicht akzeptieren, wenn die deutschen Bauern in der Folge zusätzliche Anforderungen über das bestehende Fachrecht sowie Cross Compliance hinaus einhalten müssen, während ein internationales Zertifizierungssystem an der weltweiten Überwachung scheitert“*, so **DR. HELMUT BORN**, DBV. Zudem sei bisher nicht absehbar, wie die übrigen Mitgliedstaaten die Richtlinie umsetzen, die die vorgegebenen 18 Monate Fristsetzung für die nationale Umsetzung ausschöpfen werden. Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt seien vorprogrammiert. Die Umsetzung der Verordnungen zur diesjährigen Ernte sei ausgeschlossen, Erfassungshandel und Landwirten sei es nicht zuzumuten, nachträglich Verträge anzupassen, betonte Dr. Born.

\* \* \*

Nr. 23/2009 vom 29.06.2009

### **agw-Pressegespräch: Agrarbranche gut aufgestellt**

Das traditionelle Vorernte-Pressegespräch der Arbeitsgemeinschaft des privaten Agrar-gewerbes Niedersachsen (agw) fand in diesem Jahr in Estorf-Leeseringen statt. Die Geschäftsleitung der Firma Bruno Fehse u. Sohn GmbH & Co. KG begrüßte am 17. Juni zahlreiche Mitglieder des Verbands Deutscher Agrarjournalisten e. V. (VDAJ).

**BRUNO FEHSE**, Präsident des Bundesverbandes der Agrargewerblichen Wirtschaft e.V. (BVA), gab einen kurzen Bericht über die Arbeit mit den parlamentarischen Gremien in der Bundeshauptstadt sowie auf EU-Ebene. **KONRAD WEITERER**, Sprecher der Geschäftsführung des Landhandels Weiterer, Algermissen, und Vorsitzender der „agw in Niedersachsen“ stellte den Journalisten die Entwicklung der Agrarmärkte in Niedersachsen, Deutschland und der EU vor. Nach den hohen Getreidepreisen im Jahr 2007/08 und dem Absturz der Preise bis Ende 2008 erfolgte in den letzten Wochen eine leichte Festigung. Da die Erntemenge in Europa höher war als der Verbrauch, waren die Händler froh, Getreide auf dem Weltmarkt verkaufen und damit die Preise für die Landwirte in Niedersachsen stabilisieren zu können. Während sich die Ackerbauern hohe Weizen- und Gerstenpreise wünschen, freuen sich die Veredlungsbetriebe mit Kühen, Schweinen und Geflügel über eher niedrige Preise, um das Kraftfutter günstig einkaufen zu können.

In der sich anschließenden Diskussion vermittelte Bruno Fehse einen sehr guten Überblick über die positiven Zukunftsaussichten insgesamt: „*Agribusiness ist die Branche mit den wenigsten Risiken*“. Gegenüber anderen Branchen hat die Agrar- und Ernährungswirtschaft von März 2008 bis März 2009 sogar einen Zuwachs von 1,4 Prozent zu verzeichnen. Hierbei ist Deutschland als Lieferant der weltweit besten Lebensmittel mit 4,2 Millionen Beschäftigten in diesem Gewerbe in einer sehr guten Position. Dies bedeutet Platz zwei hinter der Automobilindustrie. Neben der Nutzung der erneuerbaren Energien wird die weltweite Bevölkerungszunahme von voraussichtlich 80 Millionen Menschen pro Jahr die Nachfrage nach Nahrungsmitteln künftig noch erheblich steigern.

\* \* \*

Nr. 24/2009 vom 07.07.2009

## Erfolgreicher Getreidehandelstag: 2009 wird ein weiteres Überschussjahr

Der Bundesverband der Agrargewerblichen Wirtschaft e.V. (BVA) veranstaltete traditionell zusammen mit der Bundeslehranstalt Burg Warberg, dem Deutschen Verband Tiernahrung (DVT) und dem Verband Deutscher Mühlen (VDM) den Getreidehandelstag in Warberg. BVA-Präsident **BRUNO FEHSE** begrüßte rund 135 Teilnehmer aus den Bereichen Landhandel, Mühlen, Futtermittelindustrie/-handel und Verwaltung und betonte die Bedeutung eines solchen Treffens kurz vor der Ernte für die Branche.

*„Die Marktentwicklung der letzten Monate hat uns inzwischen alle wieder auf den Boden der Realitäten zurückgeholt. Für uns Unternehmer stellen sich insbesondere im Hinblick auf die neue Ernte einige Fragen. War 2007/08 für den Getreidemarkt ein einmaliges Ereignis und müssen wir uns wieder an unser heutiges Preisniveau gewöhnen? Ist die Situation heute nur auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen und als Zwischentief zu bezeichnen? Oder müssen wir uns auf den „Schweinezyklus bei Getreide“ einstellen? Welchen Einfluss haben die Spekulanten auf die Preisentwicklung der Agrarrohstoffe? In den letzten Wochen war zumindest dieser Part für das Anziehen und wieder Fallen der Preise verantwortlich. Am physischen Markt gab es keine Veranlassung, dass die Preise sich so nach oben entwickelten“,* so Fehse. Eine grundsätzlich positive wirtschaftliche Entwicklung der Land- und Agrarwirtschaft auf mittlere und längere Sicht bleibt aber bestehen. Auch trotz der Landhandel der Wirtschaftskrise und sieht sich als verlässlicher Partner in der Wertschöpfungskette. „Kunden und Abnehmer können sich auf uns Händler genau so verlassen wie die finanzierenden Banken“, betonte Präsident Fehse. Zu schaffen macht den BVA-Mitgliedern derzeit weniger die Finanzkrise als wenig verlässliche politische Rahmenbedingungen. Jüngste Beispiele hierfür seien das kürzlich verabschiedete Biokraftstoffquotengesetz, das Hin und Her im Bereich der Grünen Gentechnik und die nationale Umsetzung der Nachhaltigkeitsverordnung.

CDU-Bundestagsabgeordneter **JOCHEN KONRAD FROMME** versuchte das Ergebnis des Biokraftstoffquotengesetzes zu erklären. *„Die große Koalition in Berlin macht Kompromisse notwendig.“* Für ihn sei unstrittig, dass der durch die Steuererhöhungen zum Erliegen gekommene Biokraftstoffmarkt wiederbelebt werden muss. Dass die Landwirtschaft und der Agrarhandel bisher weitestgehend von der Finanzkrise verschont geblieben sind, bestätigte MdB Fromme. Allerdings ist der Mittelstand durch die schwache Kapitalausstattung krisenanfällig, so dass er eine gewisse Kreditklemme bei einigen Unternehmen erwartet.

*„Sollten die Prognosen für die weltweiten Getreideernten eintreffen, steuert der Markt wieder auf ein Überschussjahr zu. Es wird einen neuerlichen Bestandsaufbau geben, sodass wir 2009/10 die größte jemals zur Verfügung stehende Weizenmenge haben werden“,* so einhellige Meinung der Podiumsdiskussion. Es ist wenig Luft für steigende Preise. Landwirte sollten ihre neue Ernte aber nicht in der Hoffnung auf stark steigende Preise zurückhalten, sondern den Markt kontinuierlich beschicken, so **CARSTEN ROLLWAGE** von Beiselen GmbH in Magdeburg. Das bestätigte Konrad Weiterer: *„Der jüngste Preisrückgang bei Weizen und Raps an der Pariser Matif hat deutlich gemacht, dass Prozesse wie Marktbeobachtung, Aufstellen und Umsetzen einer Vermarktungsstrategie und vor allem gesplittetes Verkaufen auf der Basis ein solider Kostenkalkulation zum selbstverständlichen Instrumentarium der Unternehmensstrategie gehören.“*

> nächste Seite

**THOMAS JÄGER** von der Werhahn Mühlen GmbH, Neuss, wies darauf hin, dass die Risiken in der kommenden Saison nicht aus dem Weizen, sondern aus den Nachbarbereichen Mais, Soja und Reis kommen. Besonders eng könnte die Bilanz bei Mais ausfallen, da in den USA rund 104 Mio. t Mais in die Ethanolindustrie fließen müssten, um die für 2010 angestrebte Menge von 12 Mrd. Gallonen erfüllen zu können. Auch hätten die USA ihre Exportquote für Mais schon fast erreicht. „Mitte Juli sind die USA ausverkauft“, hieß es. „Wo soll der Mais herkommen bis zu neuen Ernte“, fragte sich **HANS-ULRICH SCHUMACHER** von der Amme und Müller GmbH, Hamburg. „Im Sommer wird der Mais eine Vorreiterrolle für die Preisentwicklung übernehmen, wie wir es vor 18 Monaten schon einmal hatten“, sagte er. Schumacher geht davon aus, dass sich die Maisanbaufläche in den USA um rund 1,2 Mio. ha reduziert. Die erste Flächenprognose für die neue Ernte veröffentlicht das US-Landwirtschaftsministerium am 30. Juni.

Im Rahmen des Getreidehandelstags hat die traditionelle Zeugnisübergabe an die Teilnehmer des Lehrgangs „Getreidemanager“ stattgefunden. Herr Fehse konnte sieben Teilnehmern zur erfolgreichen Teilnahme gratulieren. Die Stipendienübergabe der Erwin Fromme-Stiftung des Agrarhandels nahm **ERWIN FROMME** persönlich vor und konnte Rene Schöneich, Arp, Thordsen, Rautenberg in Aulum, Henrik Sommerfeld, ATR Landhandel Arp, Thordsen, Rautenberg GmbH & Co KG in Husum sowie Thorben Kathmann, Strahmann GmbH in Drentwede persönlich gratulieren. Die Vorträge des Getreidehandelstages können in der BVA-Geschäftsstelle angefordert werden.

\* \* \*

Nr. 25/2009 vom 13.07.2009

## **BVA-Pressegespräch: Keine Preissprünge in Sicht**

Die Getreide-Ernte in Deutschland wird mit rund 47,5 Mio. t rund 5 % und in Europa mit geschätzten 285 Mio. t rund 8 % unter der Rekordernte des Vorjahres liegen. Dennoch wird die zweitgrößte Getreideernte weltweit erwartet. Aufgrund der vorliegenden Fundamentaldaten der Versorgungslage weltweit muss die Landwirtschaft davon ausgehen, dass der physische Markt keine Preissprünge nach oben zulässt. Offen ist jedoch der Bereich des Finanzmarktes, in dem Fondsmanager den Rohstoffmarkt Getreide wieder entdecken, und durch die vorhandene Geldmenge dem Markt zusätzliche Impulse geben könnten. Diese erste Einschätzung gab **BRUNO FEHSE**, Präsident des Bundesverbandes der Agrargewerblichen Wirtschaft am 06.07.2009 vor Pressevertretern in Bonn bekannt. Auf Seiten des BVA diskutierten außerdem **KARL-FRIEDRICH WIRTZ**, Vorsitzender der BVA-Landesgruppe NRW und **KARLHEINZ LICHTSCHLÄGER**, Vorsitzender des Bundesverbandes der VO-Firmen (BVO) intensiv mit den Pressevertretern.

### ***Rohstoffmärkte vor der Ernte***

Noch ist die Kontraktbereitschaft angesichts differierender Preisvorstellungen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Im Ölsaatenbereich sind in Ostdeutschland ca. 50 % der bevorstehenden Rapsernte bereits gebunden, in Westdeutschland liegt dieser Anteil Umfragen zufolge bei geschätzten 30 %. Dem gegenüber schätzen wir, so Fehse, dass in Norddeutschland nur rund 5 % der neuen Getreideernte seitens der Landwirtschaft vorverkauft wurde. Wir können nur davor warnen, bei der Vermarktung durch Spekulationen alles auf eine Karte zu setzen. Seriöse Preisprognosen zum jetzigen Zeitpunkt zu machen ist unmöglich, umso wichtiger ist die kontinuierliche Vermarktung und damit auch Versorgung des Marktes. Eine Vermarktungsstrategie auf Basis einer soliden Kostenkalkulation zu entwickeln und diese dann umzusetzen, müssen noch viel mehr zum selbstverständlichen Instrumentarium eines Unternehmers gehören.

Wir gehen davon aus, dass in der Ernte vor allem die Futtermittelwirtschaft als Käufer auftreten wird und damit auch das Preisniveau bestimmt, so Fehse. Die Mühlenwirtschaft scheint im Großen und Ganzen bis in den Herbst hinein gut versorgt zu sein und schiebt zum Teil noch Kontrakte der letzten Ernte. Im September, wenn wir genauer sagen können, welche Mengen und Qualitäten in Deutschland, in der EU und Osteuropa tatsächlich geerntet wurden, können wir uns ein besseres Bild zur Marktlage machen. Allerdings wird der Landhandel auch weiterhin mit Tagespreisen arbeiten, um sein Risiko zu begrenzen. Seitens des Landhandels werden außerdem Einlagerungskontrakte auch mit Teilmengen und späterer Preisfindung angeboten. Neben Angebot und Nachfrage kommt eine Vielzahl von externen Faktoren hinzu, u.a. die Entwicklungen des Rohölpreises, der Währungen sowie der erneute Einstieg der Börsenspekulanten, so dass die Märkte volatil bleiben werden. Im vergangenen Wirtschaftsjahr sind Exportchancen im hohen Umfang genutzt worden. Deutsche Ware war vor allem wegen seiner guten Qualitäten gefragt. Dies hat zu einer deutlichen Entspannung des Marktes geführt. Insbesondere in Norddeutschland über die Häfen, aber auch Süddeutschland Richtung Südeuropa müssen wir uns auch zukünftig auf den Export konzentrieren. Neben der Sortenwahl dürfen der Dünger- und Pflanzenschutzmitteleinsatz nicht vernachlässigt werden, mahnte Fehse.

> nächste Seite

---

***Landhandel ist verlässlicher Partner für Landwirtschaft und Banken***

Der Landhandel ist und bleibt trotz Finanz- und Wirtschaftskrise ein verlässlicher Partner. Das Agrar- und Ernährungsgewerbe steht in seiner Wirtschaftskraft direkt hinter der Automobilindustrie, aber unterliegt nicht den starken Ausschlägen nach oben und unten je nach Konjunkturlage, unterstrich Fehse die volkswirtschaftlich hervorragende Bedeutung dieser Branche.

Landwirtschaft und Agrarhandel sind von der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem zweiten Weltkrieg bisher weitestgehend verschont geblieben. Das Ausfallrisiko in unserer Branche ist deutlich geringer als in anderen Branchen. Deshalb schätzen Banken und Versicherer den privaten Landhandel positiv ein. Kunden und Abnehmer können sich auf uns Agrarhändler ebenso verlassen wie die finanzierenden Banken, so Fehse.

Dennoch hat die Vergangenheit gezeigt, dass eine Kreditklemme bei Einzelfällen aufgrund einer schwachen Eigenkapitalausstattung zu Insolvenzen und damit zu einer Verunsicherung in der Branche führen kann. Dies bedauern wir sehr und haben daher Verständnis dafür, dass zum Teil nach einem besseren Insolvenzschutz in den Kontrakten gefragt wird. Wir können die Landwirte hier jedoch beruhigen, so BVA-Präsident Fehse. Bereits heute enthalten die Muster-AGB Landhandel, die wir als Bundesverband der Agrargewerblichen Wirtschaft unseren Mitgliedern empfehlen, eine umfassende Insolvenzsicherung und einen verlängerten Eigentums-vorbehalt auch im Falle der Verarbeitung oder Vermischung der Ware. Die Landwirte sind hier im Rahmen des gesetzlich Möglichen bestmöglich abgesichert. Außerdem empfehlen wir, die Geltung der Einheitsbedingungen im Deutschen Getreidehandel, die wesentlich ausführlichere Regelungen als die meisten Firmen-AGB's enthalten, in die jeweiligen Kauf-/Verkaufskontrakte aufzunehmen. Diese Empfehlung gilt für die Handelsstufe wie auch die Landwirte. Die Einheitsbedingungen Getreide sind in der Branche anerkannt und haben sich bewährt. Ich bin überzeugt, so Bruno Fehse, dass in den heutigen Zeiten, langjährige verlässliche Geschäftsbeziehungen einen eigenen Wert darstellen, wobei die wechselseitige Kontrakttreue für einen funktionierenden Markt unerlässlich ist.

\* \* \*

Nr. 26/2009 vom 20.07.2009

## **Grain Club: Herausforderungen für die deutsche Agrarwirtschaft**

Damit sich die deutsche Agrarwirtschaft erfolgreich den Herausforderungen des globalen Wettbewerbs und eines verstärkten Klima- und Umweltschutzes stellen kann, benötigt sie von Seiten der Politik verlässliche Rahmenbedingungen. So sollten etwa deutsche Unternehmen im weltweiten Agrarhandel nicht durch praxisferne Regelungen und widersprüchliche Entscheidungen geschwächt werden, stellt der Grain Club in einem aktuellen Positionspapier fest. Die Mitglieder des Grain Clubs kommen aus der Getreide-, Futtermittel- und Ölsaatenwirtschaft – neben dem BVA gehören der Deutsche Raiffeisenverband, der Deutsche Verband Tiernahrung, der Verband Deutscher Mühlen, der Verband der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland sowie der Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse zum Grain Club.

Die Politik dürfe den Wettbewerb nicht durch fachlich sowie wissenschaftlich nicht begründete Standards und Überregulierungen verzerren, so die Forderung des Grain Clubs. Besonders kritisch werden nationale Alleingänge gesehen, die EU-weite und ressortübergreifende Regelungen verhindern. Beispielhaft hierfür ist unter anderem die deutsche Gesetzgebung für den Nachweis der Nachhaltigkeit von Rohstoffen, die zu Biostrom und Biokraftstoff verarbeitet werden: Die Bundesregierung presche hier unabgestimmt vor, obwohl die EU-Kommission für die nationale Umsetzung Zeit bis zum 5. Dezember 2010 gebe. Außerdem regle die Nachhaltigkeitsverordnung lediglich einen geringen Teil der verwerteten Biomasse - denn der weltweite Anteil der agrarischen Rohstoffe, die für die Erzeugung von Bioenergie und Biokraftstoffe verwendet werden, betrage lediglich 3 %. Insofern bleibe der Großteil der Biomasse nach wie vor für die Ernährung und andere Verwendungsbereiche bestimmt. Außerdem sollte die Politik Zulassungen ausschließlich europaweit und auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse vornehmen, fordern die Verbände des Grain Clubs mit Blick sowohl auf die Grüne Gentechnik als auch die Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel. Für unbeabsichtigte Spuren von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in Lebens- und Futtermitteln, die in Drittländern bereits wissenschaftlich geprüft und anerkannt wurden, schlagen sie 0,5 % als praktikablen Grenzwert vor.

\* \* \*

Nr. 27/2009 vom 27.07.2009

## **Positive Bilanz für das EU-Schnellwarnsystem**

Die EU-Kommission hat den Jahresbericht 2008 für das EU-Schnellwarnsystem für Futter- und Lebensmittel (RASFF) vorgelegt. Während sich die Warnmeldungen im Vergleich zu 2007 auf rund 530 Fälle halbierten, blieb die Gesamtzahl der Meldungen bei etwa 7.000 stabil. Warnmeldungen werden gesendet, wenn sich die Lebens- beziehungsweise Futtermittel, von denen eine Gefahr ausgeht, bereits auf dem Markt befinden und Sofortmaßnahmen erforderlich sind. Im Jahr 2008 betraf mit 62 % die Mehrzahl der Warnungen Erzeugnisse mit Ursprung in der EU. Am häufigsten waren potentiell krankheitserregende Mikroorganismen, Schwermetalle und Pilzgifte Gegenstand der Beanstandungen.

Das RASFF habe sich nach den Worten der zuständigen EU-Kommissarin Vassiliou in den 30 Jahren seines Bestehens bewährt und trage zur Lebensmittelsicherheit in Europa bei. Im vergangenen Jahr sei es zu weiteren Bewährungsproben für das Warnsystem gekommen, insbesondere aufgrund des Nachweises von Mineralöl in Sonnenblumenöl aus der Ukraine, von Melamin in Lebensmitteln aus China sowie von Dioxinen in Schweinefleisch aus Irland. In all diesen Fällen habe RASFF geholfen, die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zu koordinieren und die Auswirkungen der Kontaminationen einzudämmen, betonte die Gesundheitskommissarin. Der weltweite Melamin-Fall sei ein hervorragendes Beispiel für die gute Zusammenarbeit beim Informationsaustausch mit dem internationalen Netz der Behörden für Lebensmittelsicherheit der Weltgesundheitsorganisation (INFOSAN). Innerhalb der EU sei es zu keinen Erkrankungen gekommen, die auf den Verzehr von melaminhaltigen chinesischen Nahrungsmitteln zurückzuführen wären.

Nach Angaben der Kommission betrafen 2008 mehr als vier von zehn Meldungen Erzeugnisse, die an der EU-Außengrenze wegen eines Risikos für die Lebensmittelsicherheit abgewiesen wurden. In solchen Fällen informiert das RASFF das Drittland, aus dem das Erzeugnis kommt, damit sich der Vorfall nicht wiederholt. Im vergangenen Jahr wurden mehr als 2 300 solcher Informationsmeldungen wegen gefährlicher Produkte verschickt. In dieser Meldekategorie waren potentiell krankheitserregende Mikroorganismen beziehungsweise Pilzgifte, Pflanzenschutzmittelrückstände und Zusatzstoffe die am häufigsten gemeldeten Risiken. Insbesondere wurde eine annähernde Verdreifachung der Aflatoxinfunde in importiertem Reis und Mais registriert und zwar auf insgesamt 46 Meldungen. Diese Steigerung wird jedoch hauptsächlich auf verstärkte Kontrollen zurückgeführt. Bei schwerwiegenden und anhaltenden Problemen fordert die Kommission die Behörden des betreffenden Staates schriftlich zu Abhilfemaßnahmen auf, etwa zur Streichung der Unternehmen von der Liste zugelassener Betriebe, zur Unterbindung der Ausfuhr oder zur Verschärfung der Kontrollen.

\* \* \*

Nr. 28/2009 vom 25.08.2009

## **Schlechte Preise verhageln gute Ernte**

Die deutschen Ackerbauern haben die Getreideernte, mit Ausnahme einiger Höhegebiete, weitgehend abgeschlossen. Insgesamt fiel die Ernte 2009 mehr als zufrieden stellend aus. Doch wird die Freude an guten Ernteerträgen durch massiv gesunkene Erzeugerpreise für Raps und Getreide aufgehoben. Hinzu kommen Kostenbelastungen für diese Ernte durch extrem gestiegene Düngemittel- und Energiepreise, so dass die Ernte 2009 nicht kostendeckend erzeugt werden konnte. Dies stellte der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), GERD SONNLEITNER, auf der Pressekonferenz über die Erntebilanz 2009 fest.

Die Getreidepreise erreichen mittlerweile historische Tiefstände. Zu den deutlichsten Verlierern gehört die Braugerste, die gegenüber dem Vorjahr 45 % im Preis verlor und derzeit nur zu 107 Euro/Tonne verkauft werden kann. Auch der Brotweizen liegt mit 105 Euro/Tonne rund 36 % unter dem Vorjahrespreis. „Diese preisliche Entwicklung macht deutlich, dass die vergangenen Monate eine Lehre im Hinblick auf das Risikomanagement in der Landwirtschaft gewesen sind“, betonte Sonnleitner. Die Entwicklungen auf den volatilen Märkten verlangten von den Landwirten, zunehmend Risikovorsorge zu betreiben. Die Politik müsse dabei aber begleitend helfen. Es gebe ein Bündel von Möglichkeiten im Risikomanagement, um die Folgen von Klimawandel und Preisschocks bei Produkt und Betriebsmitteln abzumildern. Durch bereits vor der Ernte abgeschlossene Verträge über den Getreideverkauf konnten die Vermarktungsrisiken verringert werden. Landwirtschaftliche Betriebe, die bereits im vergangenen Jahr solche Vorkontrakte abgeschlossen hätten, erzielten deutlich höhere Preise als diejenigen Betriebe, die zu Tagespreisen aus der Ernte heraus verkaufen. Sonnleitner forderte die Bundesregierung auf, für die Landwirtschaft eine steuerfreie Risikorückstellung zu schaffen. Dieses Instrument versetze den Landwirt in die Lage, effektive Eigenvorsorge zu betreiben. In guten Zeiten könne ein Teil der Erlöse zurückgelegt werden, in schlechten Zeiten stehe diese Rücklage zur Verbesserung der Liquidität zur Verfügung.

Die Getreideernte 2009 fällt mit geschätzten 49,9 Millionen Tonnen niedriger aus als im Vorjahr, allerdings liegt die Erntemenge um 8 % über dem langjährigen Mittel. Weiterhin sind erhebliche regionale Ertragsunterschiede zu beobachten. Auch die Qualitäten sind insgesamt zufriedenstellend, trotz Frühsommer-Trockenheit und einer immer wieder durch Niederschläge unterbrochenen Ernte.

Für die einzelnen Getreidearten ergibt sich derzeit folgendes Bild:

Die Erntemenge von Wintergerste liegt bei rund 10 Millionen Tonnen und damit um 6,8 % über der Ernte des Vorjahres. Grund dafür ist ein Anstieg der Anbaufläche um 2,3 % auf 1,46 Millionen Hektar. Auch die Hektarerträge liegen mit 68,3 Dezitonnen pro Hektar über denen des Vorjahres. Die Qualitäten sind durchgehend gut; allerdings litten die Partien zu Beginn der Ernte, so dass ein großer Teil der Wintergerste kostenaufwendig getrocknet werden musste.

>nächste Seite

Beim Winterraps konnte durch eine Steigerung der Anbaufläche um 6,5 % auf 1,45 Millionen Hektar eine Erntemenge in Höhe von 5,93 Millionen Tonnen erreicht werden, die somit um 15,5 % über dem Vorjahr liegt. Im Bundesdurchschnitt liegen die Erträge mit 40,8 Dezitonnen je Hektar um 8,3 % über dem Vorjahresniveau. Die Qualitäten sind gut bei überdurchschnittlichen Ölgehalten von 43 bis 44 %.

In diesem Jahr wurde deutlich weniger Sommergerste angebaut. Aufgrund der Preisrückgänge schränkten Anbauer die Braugerste, dem wesentlichen Verwendungszweck der Sommergerste, um 17,6 % auf nunmehr 448.100 Hektar ein. Die Erträge liegen mit 49,5 Dezitonnen je Hektar um 3,6 % über dem Vorjahr. Insgesamt wurde eine Erntemenge von 2,2 Millionen Tonnen eingefahren. Die Qualitäten der Braugerste sind deutschlandweit hervorragend.

Bei der Hauptgetreidefrucht, dem Winterweizen, wurde die Anbaufläche im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 % auf 3,2 Millionen Hektar ausgedehnt. Die Erntemenge mit 25,7 Millionen Tonnen erreicht das gute Vorjahresniveau. Der durchschnittliche Ertrag liegt 2009 mit 80,4 Dezitonnen pro Hektar um 1,1 % unter dem Vorjahr. Die Qualitäten sind insgesamt zufriedenstellend, auch wenn teilweise von schwächeren Proteingehalten berichtet wird.

Die Erntemenge des Roggens, der Getreideart vor allem der leichten und sandigen Böden, erreicht eine Höhe von 3,9 Millionen Tonnen und übertrifft das Vorjahresniveau um 4,7 %. Auch der Ertrag mit 53,8 Dezitonnen pro Hektar liegt über den Werten vom Vorjahr. Trotz des wechselhaften Wetters ist die Qualität in der Regel gut und weist meist gute Backqualitäten auf.

\* \* \*

Nr. 29/2009 vom 31.08.2009

## **BMELV: Hohe Erträge mit guten Qualitäten zeichnen die Getreideernte aus**

„Die Ernte ist auch in diesem Jahr gut. Die Bauern konnten hohe Erträge mit überwiegend guten bis sehr guten Qualitäten einfahren“, sagte die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner, vergangene Woche in Berlin anlässlich der Veröffentlichung der offiziellen Ernteergebnisse. Die diesjährige Getreideernte wird 49,3 Mio. t erreichen. Dies geht aus der Auswertung der besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung durch die Statistischen Landesämter und Landesagrarministerien hervor. Im mehrjährigen Vergleich zwischen den Jahren 2003 bis 2008 mit durchschnittlich 45,1 Mio. t konnte das Ernteergebnis um deutliche 9,2 % gesteigert werden. Die aktuelle Erntemenge bedeutet die dritthöchste Getreideerzeugung überhaupt; das bisherige Spitzenergebnis von 2004 (51,1 Mio. t) wird um 3,6 % verfehlt.

Die Getreidefläche insgesamt ging jedoch gegenüber dem Vorjahr um 1,9 % auf 6,91 Mio. ha zurück. Bei den Wintergetreidearten stieg die Fläche, u.a. aufgrund günstiger Aussaatbedingungen, erneut an (+ 62 000 ha oder + 1,1 %). Dagegen schränkten die Landwirte den Anbau des ertragsschwächeren Sommergetreides deutlich ein (- 193 000 ha oder - 14,7 %). Winterweizen ist die mit Abstand wichtigste Getreideart und nimmt mit einem Anteil von 46 % fast die Hälfte des deutschen Getreideanbaus ein. Bei einem leichten Anstieg um 0,5 % gegenüber dem Vorjahr erreichte die Fläche mit 3,18 Mio. ha einen neuen Höchststand. Auch den Roggenanbau haben die Landwirte weiter um 1,4 % auf 747 600 ha ausgedehnt, so dass die größte Anbaufläche seit dem Jahr 2001 verzeichnet wurde. Zu den Hauptursachen für diese Entwicklung dürfte die wachsende Nachfrage im Biokraftstoffbereich zählen. Der Anbau von Triticale (+ 0,6 %) hat sich nach dem starken Rückgang bis 2007 weiter stabilisiert. Absolut am deutlichsten wurde die Wintergerstenfläche (+ 34 000 ha oder + 2,4 %) ausgedehnt; Wintergerste ist mit 1,45 Mill. ha die zweitwichtigste Getreideart. Starke Schwankungen kennzeichnen seit vielen Jahren den langfristig rückläufigen Anbau von Sommergerste. Nach einer vorübergehenden Flächenerweiterung im Vorjahr gab es 2009 einen Einbruch von 21,4 %, mit dem ein neuer Tiefststand von 427 000 ha erreicht wurde. Darin äußern sich die schwierige Vermarktungssituation für Braugerste und die Qualitätsprobleme der letzten Jahre (oftmals zu hohe Eiweißgehalte, unzureichende Vollgerstenanteile) sowie starke Ertragsschwankungen. Außerdem dürften sich gute Alternativen bei anderen Kulturarten finden. Weitere Flächeneinschränkungen waren bei Sommerweizen (- 14,1 %), Hafer (- 8,9 %) und Körnermais (- 11,0 %) zu beobachten. Der Anbau von Körnermais war allerdings erst vor einem Jahr unter dem Einfluss hoher Preise deutlich ausgeweitet worden. Vermutlich sind beim Mais einige Flächen von der Körnergewinnung auf die Grünerzeugung für Biogasanlagen umgestellt worden. Die Hektarerträge erreichten unter günstigen Wachstumsbedingungen, vor allem in der Kornfüllungsphase, noch eine geringfügige Steigerung zum Niveau des Vorjahres (+ 0,2 %). Der langjährige Durchschnittsertrag (66,2 dt/ha) wird deutlich um 7,8 % überschritten.

> nächste Seite

Nach der Abnahme im Vorjahr ist die Anbaufläche bei Raps und Rüben 2009 wieder deutlich um 7,3 % gestiegen und erreichte 1,47 Mio. ha, darunter 1,46 Mio. ha Winterraps (+ 7,4 %). Der Hektarertrag beträgt nach den vorläufigen Ergebnissen 42,4 dt; dies bedeutet einen neuen Höchststand. Das bisherige Spitzenniveau lag im Jahr 2004 bei 41,3 dt/ha. Der diesjährige Ertrag übertrifft das Vorjahresergebnis um 12,5 % und den langjährigen Durchschnitt um 16,6 %. Aus der Anbauerweiterung und den Ertragssteigerungen errechnet sich eine Erntemenge von 6,21 Mio. t, die höchste Rapserzeugung bisher in Deutschland. Die bisherige Rekordernte lag 2007 bei 5,3 Mio. t. Das aktuelle Ergebnis übertrifft die Vorjahresernte um 20,8 % und das langjährige Mittel (4,92 Mio. t) sogar um 26,1 %. Zu den Schwerpunkten der Produktion zählt Mecklenburg-Vorpommern mit 1,10 Mio. t, mit Abstand gefolgt von Sachsen-Anhalt (747 000 t) und Bayern (646 000 t).

\* \* \*

Nr. 30/2009 vom 07.09.2009

## Erfolgreiche BVA-Jahrestagung in Bremen

Die diesjährige BVA-Mitgliederversammlung fand vergangene Woche unter großer Beteiligung der Mitglieder und Fördermitglieder, Gästen aus Verbänden und Ministerien in Bremen statt. Die Zukunft des Landhandels wird nicht nur von nationalen und europäischen Gesetzen bestimmt, sondern steht unter dem Einfluss weltpolitischer Megatrends. Während der Jahrestagung des Bundesverbandes der Agrargewerblichen Wirtschaft (BVA) in Bremen setzten sich die Teilnehmer mit einem breiten Themenspektrum auseinander.

Niedersachsens Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, **FRIEDRICH-OTTO RIPKE**, zeigte Megatrends in der Agrarwirtschaft und ihre Folgen auf. Ein Ziel müsse es sein, für die wachsende Weltbevölkerung das Bedürfnis nach Nahrung, Energie, Biorohstoffen und Naturschutz gleichermaßen zu befriedigen. Das erreiche man nur durch eine effiziente und nachhaltige Landbewirtschaftung. Seiner Meinung nach ist es notwendig, künftig auch biogene Reststoffe in den Biogasanlagen einzusetzen, um den Flächenverbrauch zu minimieren. „Mittelfristig könnte das eine Aufhebung des NaWaRo-Bonus bedeuten“, sagte Ripke. Für „existenziell“ hielt er den Einsatz von Grüner Gentechnik. Niedersachsen sei als starkes Veredelungsland zum Beispiel auf den Eiweißträger Soja angewiesen, der derzeit aber nur als GV-Soja importiert werden könne. „Wenn wir weiterhin an unseren strengen Vorgaben festhalten, laufen wir Gefahr, dass uns der Sojemarkt entgleitet und wir als Agrarland Nummer 1 in Europa abgehängt werden.“

**DR. MANFRED KERN** (Bayer CropScience) sieht die Ernährungssicherung nur durch einen nachhaltigen Pflanzenschutz gewährleistet. „Pflanzenschutzmittel sichern hohe Erträge und Qualitäten; durch sie können knappe bzw. begrenzte Ressourcen wie Fläche, Energie und Kapital effizient genutzt werden“, betonte Dr. Kern. Er forderte eine „zweite grüne Revolution“, um den Bedarf an Nahrung, Futtermitteln und Energiepflanzen zu decken. Dazu sei eine intensive Forschung notwendig.

**DR. NORBERT HEIM**, Geschäftsführer Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen (UFOP), übte Kritik an der EU-Nachhaltigkeitsgesetzgebung: „Der Deutsche Bauernverband und die UFOP setzen sich nachdrücklich dafür ein, dass für die Einhaltung der Nachhaltigkeitsanforderungen gegenüber dem Ersterfasser eine Eigenerklärung des Landwirts ausreicht und eine neue Dokumentationsflut zum Flächennachweis unterbleibt.“ Schließlich lägen die Flächenanträge der Landwirte detailliert den Länderbehörden vor und müssen nicht nochmals bei 2.000 Erfassungsunternehmen gestapelt werden.

Kurzfristig verlangt die Nachhaltigkeits-VO den Aufbau eines Zertifizierungssystems, das ab 1. Juli 2010 die Ausstellung des so genannten Nachhaltigkeits-Nachweises durch die letzte Schnittstelle (Biokraftstoffhersteller) regelt. Als weitere Schnittstellen müssen Ölmühlen und Ersterfassungsunternehmen zertifiziert sein. BVA-Vertreter **BERND KLEESCHULTE** hakte ein und forderte von der Politik endlich klare Vorgaben: „Es betrifft die Saat 2010, da müssen wir wissen, woran wir sind.“

> nächste Seite



---

Chefanalyst **FOLKER HELLMAYER** von der Bremer Landesbank sprach Klartext über die internationale Banken- und Wirtschaftskrise, die seiner Meinung nach noch anhält. *„Die Herausforderungen an die internationale Agrar- und Ernährungswirtschaft sind durch die positive konjunkturelle Entwicklung der Schwellenländer mit verändertem Verbraucherverhalten einerseits und dem Thema Biofuels andererseits extrem hoch.“* Hellmeyer geht davon aus, dass der Konzentrationsprozess in der Landwirtschaft künftig weiter zunimmt. Die Optimierungsprozesse erfordern einen erhöhten Kapitaleinsatz als auch einen verstärkten Managementansatz in der Agrarbranche.

\* \* \*

Nr. 31/2009 vom 14.09.2009

## EU-Agrarministerrat tagte vergangene Woche in Brüssel

Der EU-Agrarministerrat, der Anfang vergangener Woche in Brüssel tagte, stand ganz im Zeichen der Milchmarktkrise. Frankreich, Österreich und drei weitere EU-Mitgliedstaaten hatten mit Nachdruck gefordert, die geplanten Kontingenterhöhungen in den Jahren 2010 und 2011 auszusetzen. EU-Agrarkommissarin **MARIANN FISCHER BOEL** machte sofort klar, dass sie über die beschlossene Quotenerhöhung nicht mit sich reden lässt. *"Das wäre ein vollkommen unakzeptabler Richtungswechsel nach den Health Check-Beschlüssen"*, betonte Fischer Boel.

16 EU-Mitgliedstaaten hatten in einem gemeinsamen Papier unter anderem höhere Interventionspreise für Butter und Magermilchpulver verlangt. Doch auch mit diesen Forderungen verschafften sie sich bei der Kommission kaum Gehör. *"Wir werden den Molkereien keine Anreize geben, Milchpulver für die Intervention zu erzeugen"*, meinte Fischer Boel. Die deutsche Landwirtschaftsministerin **ILSE AIGNER** zeigte sich nach dem Rat tief enttäuscht. *"Die Kommission ist auf keine unserer Forderungen eingegangen"*, resümierte Aigner.

Ebenfalls diskutierten die Agrarminister über die Situation auf dem europäischen Futtermittelmarkt im Hinblick auf die Nulltoleranz bei Sojaimporten. Diverse EU-Mitgliedstaaten forderten beim Rat, dass der US-amerikanische Sojamarke den Importeuren der EU in den kommenden Monaten unbedingt offen stehen müsse. Das Problem von Spuren nicht zugelassener gentechnisch veränderter Organismen (GVO) brauche deshalb eine rasche Lösung. Spanien, Belgien, die Niederlande, das Vereinigte Königreich, Dänemark, Rumänien, Tschechien und Portugal drängten die Kommission auf eine Abkehr von der Nulltoleranz. Auch Ministerin Fischer Boel warnte vor *"beunruhigenden Entwicklungen"* auf dem Futtermittelmarkt wegen der weiterhin asynchronen GVO-Genehmigungen in der EU und in den USA. Sie spielte den Ball an die EU-Mitgliedstaaten zurück. Diese hätten es im Juli 2009 versäumt, den GV-Maissorten MON88017 und MIR604 die Zulassung zu erteilen. Eine positive Entscheidung hätte hingegen verhindert, dass in der Zwischenzeit sechs Schiffe mit 200.000 t Soja aus den USA blockiert werden mussten. Weiterhin weist sie darauf hin, dass deutlicher zwischen dem Anbau und der Einfuhr von GVO unterschieden werden muss. Für den Import müsse die EU GVO schneller zulassen, um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden. Beim Anbau kann sich Fischer Boel hingegen vorstellen, dass die einzelnen EU-Mitgliedstaaten selber entscheiden, ob sie den Anbau zulassen oder nicht.

Der Vorschlag der polnischen Delegation, Maßnahmen zu ergreifen, den Getreidemarkt zu stabilisieren, hat die Kommission abgelehnt. Die Forderung, wegen der niedrigen Getreidepreise die Intervention, die üblicherweise im November beginnt, vorzuziehen, wurde ebenso abgelehnt wie besondere Ausfuhrausschreibungen für EU-Mitgliedstaaten, die von den Exportmärkten abgeschnitten sind, zu eröffnen.

\* \* \*

Nr. 32/2009 vom 18.09.2009

## **Erfolgreiche Detmolder Erntegespräche 2009**

Die deutsche Getreideernte 2009 (einschl. Körnermais) wird voraussichtlich 49,3 Mio. t erreichen. Damit werde das hohe Ergebnis von 2008 um 1,6 % unterschritten, das langjährige Mittel von 45,1 Mio. t jedoch um 9,2 % übertroffen, berichteten Lutz Meyer und Gerhard Hartmann von der Landesanstalt für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (LLFG), Bernburg, diesen Donnerstag beim Detmolder Erntegespräch.

Zu dieser traditionellen Tagung laden die Arbeitsgemeinschaft Getreideforschung (AGF), der Verband Deutscher Großbäckereien, der Verband Deutscher Mühlen und der Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks alljährlich nach Detmold. Nach Auskunft der Experten wurden in diesem Jahr bei allen Getreidearten überdurchschnittliche Erträge erzielt. Winterweizen blieb bei einer Erzeugung von 24,8 Mio. t die mit Abstand wichtigste Getreideart. Mit 78,1 dt/ha erbrachte der Winterweizen die höchsten Erträge. Für Roggen wurde ein mittlerer Ertrag von 55,5 dt/ha benannt. Die Brotgetreidearten Weizen und Roggen zeigen demnach eine gute Kornausbildung und sind gesund. Aus fast allen Bundesländern ist nach Angaben der Referenten allerdings von schwächeren Proteingehalten bei Qualitätsweizen zu hören.

Eine erste Einschätzung zum Markt- und Eignungspotential des heimischen Brotgetreides gab in Detmold KLAUS MÜNZING vom Max-Rubner-Institut (MRI - Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel) ab. Nach dessen Untersuchungen von eingesandten Getreideproben aus der diesjährigen Brotgetreiderente hierzulande zeigen sich bei Roggen überwiegend gute Qualitäten. Beim heimischen Weizen brachte die Ernte 2009 hohe Schwankungen in Ertrag und Qualität. Teilweise könnte dadurch die kontinuierliche Beschaffung von mahlengereinigtem Backweizen in einheitlicher Qualität aufwendig werden, befürchtet das MRI. Nach den Untersuchungen des Instituts an Mühlenmustern ist hingegen die Eiweißqualität besser, als die diesjährig schwächeren Protein- und Klebergehalte erwarten ließen. Damit sei das Potenzial für eine gute Backfähigkeit gegeben.

Ständig aktualisierte Daten zur Qualitätsermittlung der Ernte 2009 finden Sie im Internet beim Max Rubner-Institut unter [www.mri.bund.de](http://www.mri.bund.de).

\* \* \*

Nr. 33/2009 vom 28.09.2009

### **IGC schätzt Weizenernte 2009/10 auf 666 Mio. t**

Der Internationale Getreiderat IGC sieht die **weltweite Weizenernte 2009/10** in seiner Septemberprognose bei 666 Mio. t. Damit erhöhte der Rat seine Prognose gegenüber dem Vormonat um 4 Mio. t, allerdings liegt das Ergebnis damit immer noch um 21 Mio. t unter dem Vorjahresrekord. Die Ernte in der nördlichen Hemisphäre sei annähernd abgeschlossen, und höhere Erträge als erwartet haben die Ernteschätzungen für die EU, Russland, die Ukraine, Uruguay und Algerien steigen lassen, meldete der IGC. Für Argentinien hingegen schätzt der IGC mit 7,8 Mio. t eine kleinere Erzeugung, da die Niederschläge noch immer nicht für eine gute Entwicklung der Bestände ausreichen, während die Prognose für Australien mit 22,5 Mio. t trotz der guten Niederschläge unverändert blieb.

Den **weltweiten Weizenhandel** sieht der IGC unverändert zum Vormonat bei 113 Mio. t. Für die EU-27 sieht der IGC 2009/10 Weizenexporte (inkl. Durum) von 19 Mio. t. Argentinien Exporte sollen auf 2,9 Mio. t sinken und die der USA auf 25 Mio. t. Hingegen sollen die Ukraine mit 7 Mio. t und Russland mit 19 Mio. t nun mehr Weizen ausführen als zuvor erwartet.

Den **weltweiten Weizenverbrauch** schätzt der IGC nun 1 Mio. t höher auf einem Rekord von 643 Mio. t, ein Anstieg von nochmals 2 Mio. t gegenüber dem Vorjahr. Dabei soll ein geringerer Weizenverbrauch im Futter durch einen höheren Verzehr und einen größeren industriellen Verbrauch mehr als ausgeglichen werden. Die Endbestände erwartet der Rat nun bei 185 Mio. t weltweit und damit 2 Mio. t höher als im Vormonat geschätzt. Die Korrektur nach oben wurde mit höheren Vorräten in den USA, Russland und der Ukraine begründet. Für die EU-27 sollen die Weizenvorräte (inkl. Durum) 16 Mio. t betragen. Im Vorjahr hatten die Bestände sich laut IGC auf 163 Mio. t belaufen.

Die **weltweite Maiserzeugung 2009/10** schätzt der IGC nun auf 785 Mio. t, eine Senkung gegenüber der Augustschätzung um 2 Mio. t. In den USA werden nach dem guten Septemberwetter hohe Erträge erwartet, so dass die US-Maisernte nun nochmals 4. Mio. t höher auf 322 Mio. t geschätzt wird, was ein Plus von 15 Mio. t gegenüber Vorjahr bedeutet. Allerdings hat die Trockenheit sowohl in China als auch in Argentinien die Bestände während der Entwicklung beeinträchtigt. Für die EU-27 wird die Maisernte unverändert zum Vormonat bei 57,6 Mio. t gesehen.

Den globalen **Maishandel** erwartet der IGC nun bei 85 Mio. t und damit 1 Mio. t höher als im Vormonat. Davon sollen allein 54 Mio. t auf die Exporte der USA entfallen. Für die EU-27 rechnet der Rat mit 900.000 t Maisexporten, während die Aussichten für Argentinien um 1,5 Mio. t auf 7,5 Mio. t verringert wurden. Der **weltweite Maisverbrauch** soll sich 2009/10 weiterhin auf ein Rekordhoch von 797 Mio. t belaufen auf Grund einer höheren industriellen Verwendung.

\* \* \*

Nr. 34/2009 vom 05.10.2009

#### 4. Ölsaatenhandelstag mit GVO- und Marktentwicklung als Themen

Angesichts der aktuellen Probleme durch die GVO-Nulltoleranz bei Ölsaaten aus Drittlandimporten für das deutsche Agribusiness und die Märkte für Nahrungs- und Futtermittel, aber auch die chemische Industrie befassten sich mehrere Referenten mit diesem brisanten Thema anlässlich des Ölsaatenhandelstages, der am 23. / 24. September 2009 in der Bundeslehranstalt Burg Warberg stattfand.

Frau **WIENKE VON SCHENK** (AMI) stellte in ihrem Vortrag fest, dass trotz eines historischen Tiefstands bei den globalen Ölsaatenmärkten die Preise aufgrund hoher Ernten unter Druck stehen. Allerdings könnte die globale Nachfrage bei Sojabohnen wieder auf eine Rekordhöhe von über 201 Mio. t steigen. Dem steht eine geschätzte Erzeugung von 244 Mio. t gegenüber. Bei Raps gibt es in Europa eine Rekordernte, aber weniger in der Ukraine, Kanada und Australien, so dass die Erzeugung weltweit auf insgesamt 56,6 Mio. t (VJ 58 Mio. t) sinken wird. Der Verbrauch wächst, auch bei Öl und Schrot, so dass eine Preiserholung für die 2. Wirtschaftsjahreshälfte möglich erscheint. Als Fazit lässt sich festhalten: die steigende Ölnachfrage wird u.a. Palmölmärkte bestimmen, wobei Ölschrote gegenüber preisgünstigem Getreide an Wettbewerbsfähigkeit verlieren und gleichzeitig Importbarrieren den EU-Sojaschrotmarkt belasten werden.

Frau **PETRA SPRICK** (Ölmühlenverband) stellte in ihrem Vortrag über die Auswirkungen der EU-GVO-Nulltoleranz-Politik fest, dass schon in kurzer Zeit der Veredelungssektor in Deutschland und der EU empfindlich getroffen werden könnte, da in den großen Exportländern wie USA und Argentinien der GVO-Anteil über 90 % liegt und ständig neue Sorten hinzukommen, die in der EU noch nicht zugelassen sind. Dadurch erhöht sich die Gefahr für die Importeure, dass die Ware in der EU nicht verkehrsfähig ist. Hinzu kommt die Problematik durch Kontaminationen mit nicht in der EU zugelassenen Maissorten, die – bedingt durch den Umschlag der Ware - in Spuren (Stäube) bei Ölsaaten gefunden werden können. Bei einem Selbstversorgungsanteil von 30 % ist die EU dringend auf Importe angewiesen. Sollte sich der Agrarrat am 19. Oktober 2009 nicht auf die Zulassung von drei neuen GVO-Maissorten verständigen, erwartet die Branche eine Verknappung von Sojabohnen aus den USA ab Dezember. In diesem Zusammenhang wies Frau Sprick auch darauf hin, dass eine restriktive EU-Politik zu weiteren Verschiebungen führt, da dann die Ware noch stärker als bisher nach Asien abfließen wird und der Markteinfluss, aber auch die tierische Erzeugung der EU weiter zurückgehen wird. Außerdem, so **DR. MANFRED WEBER** (Zentrum für Tierhaltung und Technik), könne eine drohende Soja-Lücke für den Bedarf an Eiweiß für die Tierproduktion innerhalb Europas nicht gedeckt werden.

In seinem Vortrag über den aktuellen Stand der Nachhaltigkeits-Verordnungen stellte **MATTHIAS NICKEL** (BLE) fest, dass die Nachhaltigkeitsverordnung für Biomasse zur Stromerzeugung ab Januar 2010 zur Anwendung kommen wird und somit auch für die Ernte 2010 gelte. Die zuständigen Ministerien arbeiten zurzeit an einem Referenzsystem für die Nachhaltigkeitsprüfung. Wie die Zertifizierungssysteme, die künftig über die Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien wachen sollen, aussehen werden, steht zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht fest. Für Importware werden ebenfalls die Nachhaltigkeitskriterien gelten.

\* \* \*

Nr. 35/2009 vom 12.10.2009

## **UFOP fordert Korrektur der förderpolitischen Rahmenbedingungen für Biokraftstoffe**

Die Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen e.V. (UFOP) hat ein Positionspapier zu den Koalitionsverhandlungen Biokraftstoffe erstellt. In einem Schreiben an Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner und andere Verantwortliche der Koalitionsarbeitsgruppen fordert die UFOP eine Korrektur der förderpolitischen Rahmenbedingungen für Biokraftstoffe. Das ursprüngliche Ziel einer Übergangsregelung für Biodiesel als Reinkraftstoff und für Rapsölkraftstoff im Zusammenhang mit der Umstellung auf die Biokraftstoffquote sei leider nicht eingetreten. Auf monatlich nur noch 20.000 t Biodiesel (B 100) und 8.000 t Pflanzenöl sei der Markt für Reinkraftstoffe zusammengebrochen. Viele Biodieselhersteller und praktisch sämtliche dezentralen Ölmühlen hätten die Produktion von Biokraftstoffen eingestellt.

\* \* \*

Nr. 36/2009 vom 19.10.2009

### **DBV startet Postkartenaktion gegen „Nulltoleranz“**

Gegen die „Nulltoleranz“ der Europäischen Union bei nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in Importlieferungen aus Übersee hat der Deutsche Bauernverband (DBV) jetzt gemeinsam mit den Landesbauernverbänden eine elektronische Postkartenaktion gestartet, die sich an Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner richtet.

Der DBV wies in dem Zusammenhang darauf hin, dass die deutschen Tierhalter tendenziell auf Eiweißfuttermittel, vor allem auf Soja zur Fütterung ihrer Tiere angewiesen seien. Die Versorgung sei aufs höchste gefährdet, wenn nicht umgehend pragmatische Toleranzschwellen für bisher in der EU nicht zugelassene GVO eingeführt würden. Fänden Kontrolleure in Futtermittellieferungen aus Übersee auch nur winzigste Spuren von in der EU noch nicht zugelassenen GVO, werde die gesamte Schiffsladung zurückgewiesen oder vernichtet. Die höheren Kosten müssten die Tierhalter tragen. Es drohe sogar ein Versorgungsengpass bei Eiweißfuttermitteln. Fleisch, Milch und Eier würden dann aus Ländern importiert, in denen der Einsatz dieser Futtermittel erlaubt sei. Das wäre ein harter Schlag für die heimische Erzeugung, so der DBV. Deshalb müsse Ministerin Aigner sich auf EU-Ebene klar von der „Nulltoleranzpolitik“ distanzieren und sich für die deutschen Tierhalter einsetzen, fordert der Bauernverband.

Er rief zur Teilnahme an der elektronischen Postkartenaktion auf, mit der die Unterstützung der Bundeslandwirtschaftsministerin aktiv eingefordert werde. Die E-Mail-Postkarte befindet sich laut DBV auf der Homepage <http://www.bauernverband.de/index.php?redid=320411> .

\* \* \*

Nr. 37/2009 vom 03.11.2009

### **IGC schätzt Weizenernte 2009/10 auf 667 Mio. t**

Der Internationale Getreiderat (IGC) sieht die **weltweite Weizenernte 2009/10** in seiner Oktoberprognose bei 667 Mio. t. Damit erhöht der Rat seine Prognose gegenüber dem Vormonat um 1 Mio. t, allerdings liegt das Ergebnis immer noch um 20 Mio. t unter dem Vorjahresrekord. Niedriger liegen die Prognosen hinsichtlich der Weizenqualität für die großen EU-Erzeugerländer, die Backqualität bleibe ungefähr auf Vorjahresniveau, doch der durchschnittliche Proteingehalt sei gesunken. Für die **EU-27** sieht der IGC insgesamt eine Weizenernte von 136,6 Mio. t. Größer als erwartet sind in den USA und Kanada die Weizenerträge trotz der verspäteten Sommerweizenernte ausgefallen. So sollen die **USA** 60,4 Mio. t Weizen einbringen und **Kanada** 24,5 Mio. t. Der Rat hat seine Schätzung aufgrund ungünstiger Wetterbedingungen nochmals leicht für **Argentinien** auf 7,6 Mio. t und **Brasilien** auf 5,2 Mio. t gesenkt, während kürzliche Regenfälle in **Australien** die dortige Erzeugung auf 23,0 Mio. t steigen ließen.

Der **weltweite Weizenverbrauch** soll 2009/10 gegenüber dem Vorjahr um 3 Mio. t anwachsen auf 643 Mio. t. Die globalen **Weizenendbestände** 2009/10 sieht der IGC nun gegenüber dem Vorjahr um 23 Mio. t höher bei 188 Mio. t. Den weltweiten **Weizenhandel** schätzt der IGC um 3 Mio. t höher ein bei 116 Mio. t. Für die EU-27 schätzt der IGC Weizenexporte von 19,2 Mio. t. Kanada (16,9 Mio. t), Australien (15,4 Mio. t) und die Ukraine (7,0 Mio. t) sollen ihre Exporte steigern, wohingegen die Weizen-exporte der USA auf 24,5 Mio. t sinken sollen.

Die **weltweite Maisernte** 2009/10 schätzt der IGC nun auf 789 Mio. t, eine Erhöhung gegenüber der Septemberschätzung um 4 Mio. t. Trotz wetterbedingter Ernteverzögerungen sollen die USA die Erträge auf ein Rekordniveau von 330 Mio. t steigern, das wären nur 1 Mio. t weniger als im Rekordjahr 2007. In China fallen die Erträge jedoch geringer aus als erwartet, sodass die dortige Maisernte nun auf 154 Mio. t geschätzt wird. Für die EU-27 wird die Maisernte fast unverändert zum Vormonat bei 57,8 Mio. t gesehen. Den globalen Maisverbrauch prognostiziert der IGC nun auf 800 Mio. t, das sind 3 Mio. t mehr als in der Septemberprognose. Den globalen Maishandel korrigiert der IGC leicht nach unten auf 84 Mio. t. Dabei sollen die Maisimporte der EU-27 mit 2,7 Mio. t und Kanadas nun geringer ausfallen, während die Schätzung für Mexikos Einfuhren erhöht wurde. Die USA sollen 2009/10 unverändert gegenüber der Vormonatsprognose 54 Mio. t Mais exportieren.

\* \* \*

Nr. 38/2009 vom 11.11.2009

### **Experten warnen vor weiterer Verengung der Wirkstoffpalette**

Vor einer weiteren Verengung der Wirkstoffpalette im Pflanzenschutz haben Experten auf dem 5. Symposium der Syngenta Agro GmbH gewarnt. Geschäftsführer Dr. Theo Jachmann gab zu bedenken, dass sich die bereits sichtbaren Resistenzen bei Herbiziden, Insektiziden und Fungiziden deutlich verschärfen dürften. „Wir werden nicht immer neue Wirkstoffe finden“, stellte Jachmann zudem mit Blick auf die neuen EU-Vorgaben zum Pflanzenschutz und behördliche Begrenzungen fest. Die Landwirtschaft in Deutschland muss sich indes im Zuge des Klimawandels auf das Einwandern neuer Schädlinge, so zum Beispiel auf neue Motten- und Käferarten beim Mais sowie Zikaden und Blattläuse beim Halmgetreide und die weitere Ausbreitung unter anderem des Maiswurzelbohrers und des Maiszünslers einstellen. Ein Aufhalten dieser Schädlinge ist nach Ansicht von Prof. Stefan Vidal aus Göttingen nicht möglich. Vidal rechnet deshalb mit einer an Schärfe gewinnenden Diskussion um den Einsatz von Bt-Mais, zumal dieser die kostengünstigste Lösung darstelle. Die Option, Bt-Mais in Deutschland nicht zu nutzen, sei „sträflich“, so Vidal. Der Maiswurzelbohrer werde der wichtigste Schädling der kommenden Jahre im Maisanbau sein. Sein Vorkommen sei im Augenblick noch auf Süddeutschland beschränkt; eine Einwanderung in alle deutschen Maisanbaugebiete sei jedoch nicht aufzuhalten. Der Maiswurzelbohrer, dem es in Spanien zu heiß sei, der aber von wärmeren Temperaturen profitiere, dürfte sich nach Einschätzung von Vidal bis nach Südschweden ausbreiten. Erwartet werden von den Experten auch zunehmende Herbizidresistenzen bei den Unkräutern. Um die zu erwartende Schädlingsinvasion wirkungsvoll eindämmen zu können, plädierte Vidal für eine Steigerung der Investitionen in die entsprechende Forschung und Entwicklung.

\* \* \*

Nr. 39/2009 vom 16.11.2009

## **Erfolgreicher Parlamentarischer Abend in Brüssel**

Auch in diesem Jahr haben der Deutsche Verband Tiernahrung (DVT), der Verband Deutscher Mühlen (VDM) und der Bundesverband der Agrargewerblichen Wirtschaft (BVA) Anfang dieser Woche einen gemeinsamen Parlamentarischen Abend in Brüssel veranstaltet. Im Mittelpunkt stand das Spannungsfeld zwischen den politischen Diskussionen und Forderungen zum Thema Nachhaltigkeit auf der einen und die Realitäten in den Märkten auf der anderen Seite. Die Verbände forderten von der Brüssler Politik eine dauerhafte Lösung für unbeabsichtigte Spurenvermischungen mit nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen (GVO) und machten nochmals auf die wirtschaftlichen Risiken und massiven Wettbewerbsnachteile aufgrund der Verzögerungen bei der Zulassungspolitik aufmerksam.

Auf Verständnis und Unterstützung stießen die Forderungen bei der Europaabgeordneten ELISABETH JEGGLE, Mitglied im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung: Die Nulltoleranz gegenüber bereits sicherheitsbeurteilten, aber in der EU noch nicht zugelassenen GVO sei nicht länger zu rechtfertigen, sagte sie. Zudem habe man die Importabhängigkeit der EU bei Eiweißfuttermitteln und die aus der Nulltoleranz resultierenden wirtschaftlichen Probleme zur Kenntnis zu nehmen. Als ein gutes Beispiel für den Umgang mit diesem Problem nannte sie die Schweiz mit einem Schwellenwert für Vermischungen mit nicht zugelassenen GVO in Höhe von 0,5%. LARS HOELGAARD, stellvertretender Generaldirektor der Generaldirektion AGRI, stellte aus Sicht der Europäischen Kommission die aktuelle Entwicklung der Rohstoff- und Getreidemärkte dar. Darüber hinaus machte er anhand des Beispiels von GVO-Zulassungen deutlich, dass die mangelnde Unterstützung durch die Mitgliedstaaten und die fehlenden Mehrheiten auf politischer Ebene eine zügige und wissenschaftlich ausgerichtete Zulassung massiv erschweren.

In der Diskussion unterstrichen die drei Verbände die Selbstverpflichtung der Getreide- und Futtermittelbranche zum nachhaltigen Wirtschaften. Nachhaltigkeitsanforderungen müssten aber für Lebensmittel und Futtermittel mit anderen Schwerpunkten festgelegt werden als für Rohstoffe für die Energiegewinnung. Nachwachsende Rohstoffe werden zum Zweck der Reduzierung von Treibhausgasen angebaut und müssen sich – anders als Lebensmittel – auch daran messen lassen. Die Verbände warnten davor, die Lebensmittelproduktion in bürokratische und nicht sachgerechte Zertifizierungskonzepte einzubeziehen und so zu benachteiligen.

\* \* \*

Nr. 40/2009 vom 23.11.2009

## **EU-Getreideintervention nähert sich der Millionengrenze**

In der EU wurden seit der Eröffnung der Intervention am 02. November 949.000 t Getreide angeboten. Dies berichtete die EU-Kommission am letzten Donnerstag im Verwaltungsausschuss in Brüssel. Davon entfallen 853.000 t auf Gerste und 96.000 t auf Weizen. Die größte Menge Getreide wurde in Deutschland angeboten (276.000 t), gefolgt von Frankreich mit 159.000 t, der Slowakischen Republik mit 101.000 t, sowie Finnland und Ungarn mit jeweils 87.000 t. In Österreich summieren sich die Andienungen auf 11.000 t Gerste. Weizen wurde ausschließlich in den marktfernen Mitgliedsstaaten mit hohem Transportkostenanteil angeboten, darunter Slowakei mit 42.000 t, Tschechien mit 28.000 t, Ungarn mit 23.000 t sowie Finnland mit 3000 t.

Im laufenden Wirtschaftsjahr gewährt die Kommission für Gerste zum letzten Mal eine Abnahmegarantie zum Festpreis. Ab 2010/11 greift wie bereits für Hartweizen und Rohreis das Ausschreibungsverfahren - das heißt, es liegt dann im Ermessen der Kommission, wie viel Gerste sie zur Intervention zulassen will. Für Mais ist die Interventionsmenge auf „Null“ gesetzt. Aus den verbleibenden Beständen der ungarischen Maisintervention fanden keine Verkäufe statt. Am vorvergangenen Sonntag befanden sich damit in den öffentlichen EU-Getreidelagern insgesamt 2,51 Mio. t Ware. Dabei entfiel der Löwenanteil mit 1,78 Mio. t auf Gerste; ferner werden 0,55 Mio. t Mais und 0,17 Mio. t Weichweizen gelagert.

Wie aus den Zahlen der Kommission hervorgeht, zogen die Weizenexporte zuletzt wieder etwas an. Vom 28. Oktober bis 10. November wurden Ausfuhrlicenzen für insgesamt 635.000 t Weichweizen gezogen, das waren rund 135.000 t mehr als im vorangegangenen 14-Tages-Zeitraum. Ferner gelangten 87.000 t Mais, 25.000 t Hafer, 12.000 t Gerste, 8.000 t Hartweizen und 22.000 t Weizenmehl in den Export. Gemäß der Brüsseler Lizenzstatistik beliefen sich die Getreideexporte der Gemeinschaft nach Drittstaaten seit Beginn des Vermarktungsjahres auf insgesamt fast 8,1 Mio. t. Der mit Abstand größte Teil der gezogenen Ausfuhrlicenzen entfiel auf Weichweizen mit gut 6,6 Mio. t. Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum 617.000 t Weizenmehl, 329.000 t Gerste, 328.000 t Mais, 117.000 t Hartweizen, 61.000 t Hafer und 35.000 t Roggen in Drittländer geliefert.

\* \* \*

Nr. 41/2009 vom 30.11.2009

## Erfolgreicher Pflanzenschutz- und Düngemittelhandelstag 2009 in Warberg

Mit rund 100 Teilnehmern aus der gesamten Branche und vielen interessanten sowie marktaktuellen Vorträgen war der diesjährige Pflanzenschutz- und Düngemittelhandelstag am 18. und 19. November auf Burg Warberg wieder sehr erfolgreich verlaufen. Der Handelstag wird traditionell vom Bundesverband der Agrargewerblichen Wirtschaft (BVA) und Bundesverband des Großhandels mit Dünge- und Pflanzenbehandlungsmitteln (BGDP) gemeinsam mit der Bundeslehranstalt Burg Warberg organisiert.

In seinem Grußwort verwies der Vorsitzende des BVA-Pflanzenschutz- und Düngemittel-Ausschusses **DR. HANS-BERNHARD OVERBERG** auf die sehr komplexe Gesetzeslage bei den beiden wichtigen landwirtschaftlichen Betriebsmitteln hin. Auch das Thema Pflanzenschutzmittel-Importe sei rechtlich noch nicht befriedigend gelöst. Er äußerte seine Hoffnung, dass die beiden Märkte im neuen Wirtschaftsjahr wieder besser laufen. Im Anschluss berichtete **DR. RALF PETZOLD** umfassend über den aktuellen Stand der EU-Gesetzgebung. Er schlug einen Bogen von der EU-Zulassungsverordnung über die Rahmenrichtlinie, die Statistikverordnung, die Maschinenrichtlinie, der Thematischen Strategie, die Höchstmengenverordnung bis hin zum Anwenderschutz (neuer Grenzwert für akute Risiken für Anwender geplant). Er machte deutlich, dass noch viele Fragen ungeklärt sind. So ist z.B. noch offen, wie die Erleichterungen für kleine Kulturen oder die Änderungen bei der Aufzeichnungspflicht aussehen könnten.

**DR. ERICH JÖRG** (Landwirtschaftsministerium Rheinland-Pfalz) erläuterte in seinem Vortrag die Umsetzung des umfangreichen EU-Pflanzenschutzpakets in nationales Recht und die Konsequenzen für den Landhandel. Aus der EU-Rahmenrichtlinie ergeben sich für den Landhandel zahlreiche neue Anforderungen. So gelten bei Aufhebung, Änderung oder Ablauf einer Pflanzenschutzmittel-Zulassung Aufbrauchfristen von maximal 6 Monaten für Verkauf und Vertrieb, sowie zusätzlich 1 Jahr für Beseitigung, Lagerung und Verbrauch eines Pflanzenschutzmittels. Auch wird der Parallelhandel mit Pflanzenschutzmitteln künftig schärfer geregelt (Herstelleridentität) und überwacht – hierzu ist eigene Verordnung geplant. Auch der Internet-Handel wird künftig schärfer geregelt (nur noch gewerblich, nicht mehr privat?). Darüber hinaus werden die Aufzeichnungspflichten erweitert, wobei die Wirtschaft darauf gedrängte, keine Mehrfachzählungen in den Statistiken zu erzeugen, die ein falsches Bild von den eingesetzten Mengen verursachen würden. Des Weiteren sind neue Regelungen für die Fort- und Weiterbildung für Vertreiber und Berater geplant. In diesem Zusammenhang werden die Erteilung, Aufrechterhaltung und der Entzug der Sachkundebescheinigung neu geregelt. Darüber hinaus muss der Vertreiber genügend sachkundiges Personal zum Zeitpunkt des Verkaufs verfügbar haben und es muss sichergestellt werden, dass Pflanzenschutzmittel für die berufliche Verwendung nur an Sachkundige abgegeben werden. Auch das Thema Entsorgung wird generell geregelt, wobei in Deutschland durch PAMIRA bereits ein funktionierendes Entsorgungssystem besteht. Abschließend berichtete Dr. Jörg über das Ergebnis des Bund-Länder-Pflanzenschutzmittel-Kontrollprogramm 2007/2008, wobei z.B. die Beanstandungsquoten im Internethandel nach wie vor relativ hoch sind.

> nächste Seite

In ihrem Vortrag über Agri Benchmark – ein internationaler Produktionskostenvergleich ging **JANINA KRUG**, von Thünen-Institut, auf die unterschiedlichen Produktionskosten in den verschiedenen Weltregionen für Weizen und Raps ein. Danach ist die EU-Weizenproduktion bei hoher Intensität und hohen Erträgen im Vergleich zu anderen Anbauregionen wettbewerbsfähig, während die EU-Rapsproduktion eindeutige Kostennachteile hat. Vor allem im Bereich Pflanzenschutz stellte sie Wettbewerbsnachteile fest.

**DR. HANS THEO JACHMANN**, Geschäftsführer der Syngenta Agro, beleuchtete in seinem Vortrag den nationalen und internationalen Pflanzenschutzmittel-Markt aus Industriesicht. Angesichts der weltweit wachsenden Nachfrage nach gesunden und preiswerten Nahrungsmitteln ist aus seiner Sicht der Einsatz moderner Betriebsmittel im Pflanzenschutz oder die grüne Gentechnik unerlässlich. Dessen ungeachtet sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen in Europa eher innovationshemmend, was z.B. PSM betrifft, da die bisherige Wirkstoffpalette schneller eingeschränkt werden wird als vorhergesagt und neue Wirkstoffe die Lücken nicht so schnell werden schließen können. Auch das Thema illegale Pflanzenschutzmittel-Importe ist noch nicht ausreichend gelöst, so dass die daraus drohenden Risiken für Anwender, Kultur und Umwelt weiter bestehen werden. Es gebe mittlerweile eine breite Palette von illegalen PSM, die den Markt beunruhigen. Allerdings arbeitet die Industrie an Lösungen z.B. durch Marker und S-Pac. Was den PSM-Markt betrifft, so wird dieser 2009 weltweit um rund 7 % sinken (für Brasilien wird jedoch eine deutliche Steigerung prognostiziert), wobei für die EU ein Minus von 5-8 % erwartet wird. Für Deutschland erwartet er einen Rückgang von rund 3 % im Verbrauch. Nach neuesten Schätzungen lag die durchschnittliche Preisentwicklung bei PSM bei rund 3.3 %, die Kostenentwicklung auf Seiten der Landwirte aber bei Minus 2 %, d.h. die Landwirte haben die Intensitäten aufgrund der schlechten Erzeugerpreise reduziert. Als Fazit bleibt festzuhalten, dass die Wirtschaftskrise den Agrarmarkt relativ spät und nur gedämpft erreicht hat, aber die Branche gedämpft optimistisch in die Zukunft schaut, wobei auch die Langfristprognosen angesichts der wachsenden Weltbevölkerung, insbesondere in Asien, insgesamt positiv sind.

Daran anschließend betrachtete **DIRK STEPHAN**, Rudolf Peters Landhandel, den Pflanzenschutzmittel-Markt aus Sicht eines Landhändlers. Er kritisierte, dass die vielfältigen Leistungen des Landhandels nicht ausreichend im Markt gewürdigt würden. Durch die Vielzahl der Akteure am Markt sei eine realistische Kalkulation der notwendigen Handelsmarge kaum möglich, zumal seiner Einschätzung nach eine wirkliche Kostenkalkulation nicht überall statfinde. Die Folge ist, dass nur noch Rabatte gehandelt werden. Vor diesem Hintergrund forderte er ein Umdenken in den Unternehmen und sich künftig an den jeweiligen firmeneigenen Vollkosten für das PSM-Geschäft zu orientieren.

\* \* \*

Nr. 42/2009 vom 07.12.2009

### **agw-Pressekonferenz: Einschränkungen im Anbau sind zu erwarten**

Im Rahmen des diesjährigen Jahresschluss-Pressegesprächs der Arbeitsgemeinschaft des privaten Agrargewerbes Niedersachsen (agw) in Hannover stellte **KONRAD WEITERER**, Vorsitzender der agw, fest, dass die aktuelle Marktlage von Weizen durch Überfluss geprägt ist. Das Angebot übersteigt in Folge einer überraschend guten Ernte und der Lagerbestände aus dem Vorjahr den Verbrauch deutlich. Hinzu kommt, dass der Export wegen ebenfalls guter Ernten in vielen Abnehmerländern und des starken Euros erschwert wird. Bei den Landwirten in Niedersachsen lagern laut Einschätzung von Herrn Weiterer noch rund 60 % der diesjährigen Getreideernte, weil sie gehofft hätten, dass die Preise wieder anzögen. Bisher ist die Rechnung nicht aufgegangen. Bei dem derzeitigen Preisniveau für Getreide, rechnen wir im nächsten Jahr mit Einschränkungen im Anbau, so Weiterer. Bei Gerste ist der Interventionspreis wieder das Maß aller Dinge. Bis zum heutigen Zeitpunkt wurden in Deutschland rund 700 Tsd. t der Intervention angedient. Eine Marktentlastung über den Export erwarten wir nicht, da aufgrund des hohen Eurokurses Länder wie die Ukraine, Russland, Kanada und Australien die traditionellen Gerstenabnehmer bereits bedient haben und die EU bisher nicht zum Zuge gekommen ist, so Weiterer.

BVA Präsident **BRUNO FEHSE** gab einen Überblick über die aktuelle Lage der Branche in Deutschland. Trotz Finanz- und Wirtschaftskrise präsentiert sich das private Agrargewerbe überraschend stabil. Während die Exporte aller Branchen um ca. 24 % zurückgegangen sind, blieben die Exporte des Agrargewerbes mit 53 Mrd. Euro (davon ca. 6 Mrd. Euro in Niedersachsen) auf Vorjahresniveau. Dies schlägt sich auch auf dem Arbeitsmarkt nieder. Die Agrarbranche – Handel, Mischfutterindustrie, Schlachthöfe etc. – ist zurzeit neben der Automobilindustrie der wichtigste Motor für die Beschäftigung in Niedersachsen.

Über die aktuelle Situation am Kartoffelmarkt referierte **WALTER ULRICH**, stellvertretender Vorsitzender der agw. Nach einer guten Ernte ist die Versorgung gesichert. Allerdings hielt die ausländische Ware aus dem Mittelmeerraum den Markt lange besetzt. Die Räumung der Ware von den Flächen in Deutschland verzögerte sich daher. Frühkartoffelware wurde überregional versendet und sorgte daher zum Teil für Preisdruck. Der Export sorgte an dieser Stelle nicht für Entlastung. In der Haupternte sowie in der Zeit direkt danach sorgte der LEH lediglich durch Werbeaktionen für einen gesteigerten Absatz. In der übrigen Zeit war die Nachfrage eher verhalten. Zurzeit verhält sich der Markt eher ruhig. Die Optik der Ware wird von Seiten des LEH nicht bejubelt, aber akzeptiert. Strahlend helle Premiumware bleibt knapp. Steht diese zur Verfügung, werden jedoch sehr gute Preise bezahlt. Generell liegen die Abzüge auf einem Niveau zwischen 15 - 20 %, so Ulrich. Die Exporte nach Osteuropa laufen umfangreicher als früher. Eine Preiserhöhung findet dadurch jedoch nicht statt. Hinzu kommt, dass die im Osten oftmals gefragten Übergrößen in diesem Jahr nicht in dem Maße vorhanden sind. Nur für gewaschene gute Qualität in Richtung Osten sind bessere Preise zu erzielen.

\* \* \*

Nr. 43/2009 vom 16.12.2009

### **BMELV legt deutsche Getreidebilanz vor**

Das Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMELV) hat eine aktuelle Bilanz für die Getreidewirtschaft 2008/2009 vorgelegt. In diesem Jahr war eine überdurchschnittliche Ernte zu vermarkten. Von der gesamten Getreideernte 2008 in Höhe von 50,1 Mio. t wurden mit 25,9 Mio. t mehr als die Hälfte verfüttert. Dies bedeutet eine Steigerung zum Vorjahr um 8 %.

Der Einsatz von Getreide für die menschliche Ernährung scheint dagegen kaum noch steigerungsfähig. Noch größer als der Zuwachs im Futterbereich war im Jahresvergleich der Zuwachs der Exporte. Sie legten um 37 % auf 15,9 Mio. t zu. Die Importe waren dagegen 2008/09 mit 11,0 Mio. t etwas kleiner. Damit sind die Nettoexporte im Jahresvergleich von 0,3 Mio. t auf 4,9 Mio. t gewachsen. Der gestiegene Verbrauch und die größeren Exporte haben allerdings 2008/09 den Markt nicht geräumt. Deswegen hat Deutschland das neue Wirtschaftsjahr mit hohen Anfangsbeständen von 9,9 Mio. t Getreide begonnen, die seither den Preisdruck verstärken.

#### **Versorgung mit Getreide**

Bilanzposten	2007/08 <sup>v</sup>	2008/09 <sup>v</sup>	Änderung 2008/09 gegenüber 2007/08
	Mill. t		%
Anfangsbestand	7,2	7,2	0,02
Verwendbare Erzeugung	40,6	50,1	23,3
Einfuhr	11,4	11,0	- 3,2
Verfügbar	59,3	68,4	15,3
Inlandsverwendung	40,4	42,6	5,4
davon			
Futter	23,9	25,9	8,1
Nahrung	9,4	9,3	- 1,8
Industrie & Energie	4,9	5,4	9,2
Saatgut	1,1	0,8	- 20,5
Ausfuhr	11,7	15,9	36,8
Endbestand	7,2	9,9	36,3

v = vorläufig

(425-11602)

Quelle: [www.bmelv.de](http://www.bmelv.de)

Nr. 44/2009 vom 21.12.2009

### **Mischfutterherstellung rückläufig**

Bei der Mischfutterherstellung setzte sich die rückläufige Tendenz im ersten Quartal 2009/10 fort, meldet AMI aktuell. Nach vorläufigen Angaben der BLE wurden im September 2009 lediglich 1,44 Mio. t Mischfutter produziert, das waren gut 6 % weniger als im Vormonat. Davon entfielen 617.779 t auf Schweine-, 369.693 t auf Rinder- und 253.119 t auf Mastgeflügfutter. Die Produktionsmengen für diese Mischfutterarten bewegen sich damit 2 bis 11 % unter dem Vormonatswert. Lediglich bei Legehennen- und Kälberfutter verzeichnete die BLE einen Anstieg um 18 bzw. 8 %.

Mit Blick auf die Produktionsstruktur zeigt sich ein klares Nord-Süd-Gefälle. So kann Niedersachsen seinen Status als Bundesland mit der größten Bedeutung für die Mischfutterproduktion im ersten Quartal 2009/10 klar behaupten. Mit rund 1,9 Mio. t produzierten die Betriebe in Niedersachsen im Juli-September gut 40 % der gesamten Mischfuttermenge in Deutschland. Auf Platz zwei folgt Nordrhein-Westfalen mit 17 % vor Schleswig-Holstein mit einem Anteil von 14 % an der Mischfutterherstellung in Deutschland.

Nach Angaben der BLE wird auch immer weniger Mineralfutter hergestellt. Im September belief sich die Produktion bundesweit auf 36.700 t, das entsprach einem Rückgang um knapp 5 % gegenüber dem Vormonat. Insgesamt wurden im ersten Quartal 2009/10 knapp 117.100 t Mineralfutter hergestellt.

Inzwischen spricht vieles dafür, dass die Talsohle bei der Mischfutterherstellung erreicht ist, auch weil die Nachfrage allmählich wieder auflebt, so die Prognose vom AMI.

\* \* \*